



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Private militärische Unternehmungen
am Ende des 20. Jahrhunderts“

Verfasser

Stefan Prunner

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, Mai 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Matrikelnummer:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 057 300
0303875
Individuelles Diplomstudium Politikwissenschaft
Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
1.1	DEFINITIONEN.....	5
1.2	HYPOTHESE	5
2	DIE MODERNE STAATENORDNUNG	10
3	EXECUTIVE OUTCOMES – DIE FRÜHEN JAHRE	12
3.1	ERSTER EINSATZ – ANGOLA 1993.....	15
3.2	ZWEITER EINSATZ IN ANGOLA	17
3.3	SIERRA LEONE.....	21
3.4	DIE AUFLÖSUNG	26
3.5	CORPORATE BUSINESS: DAS EO NETZWERK	28
4	SANDLINE INTERNATIONAL	31
4.1	PAPUA NEUGUINEA	32
4.2	ARMS FOR AFRICA – DIE RÜCKKEHR NACH SIERRA LEONE	35
5	STAATSZERFALL UND GEWALT	38
5.1	WIE BEEINFLUSST PRIVATISIERTE GEWALT DAS MONOPOL DES STAATES?.....	41
5.2	REGULIERUNG VON PMU’S IN SCHWACHEN STAATEN	48
6	SÖLDNER IM (INTER)NATIONALEN RECHT	53
6.1	OAU CONVENTION FOR THE ELIMINATION OF MERCENARISM	55
6.2	INTERNATIONAL CONVENTION AGAINST THE RECRUITMENT, USE, FINANCING AND TRAINING OF MERCENARIES	57
6.3	REGULATION OF FOREIGN MILITARY ASSISTANCE ACT (SÜDAFRIKA).....	59
7	PRIVATE GEWALT / ÖFFENTLICHER MARKT?	64

7.1	DAS PROBLEM DER SOZIALEN KOSTEN	67
7.2	GRENZEN UND MÖGLICHKEITEN PRIVATER MILITÄRISCHER UNTERNEHMUNGEN	70
8	AUSBLICK	77
9	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	86
10	LITERATURVERZEICHNIS	88
10.1	INTERNETQUELLEN	90
11	ANHANG	91

1 Einleitung

Das Ende des kalten Krieges brachte zahlreiche sicherheitspolitische Veränderungen mit sich. Die bipolare Weltordnung war mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im August 1991 verschwunden und mit ihr die Aufgaben und Funktionen der stehenden Armeen der USA und der Sowjetunion.

In dieser Zeit des Wandels und der Umgestaltung brachen zahlreiche Konflikte hervor, die bis dato durch die Dominanz der beiden Blöcke unterdrückt wurden. Das „Gleichgewicht des Schreckens“, dessen Logik eine konsequente Anpassung an die Erstschlagskapazitäten des Gegners bedingte, trat nun in den Hintergrund.

Das Resultat war eine Anpassung der Militärs an die veränderte Bedrohungssituation und damit eine Umgestaltung der Struktur, die zu einer massiven Freisetzung militärischen Personals führte.

Allein in den USA wurden zwischen 1990 und 2005 die Streitkräfte um 600.000 Personen reduziert.¹

Als im Jahr 1989 die südafrikanische Firma Executive Outcomes (EO) ihre Türen öffnete, war der Zerfall der Sowjetunion nur mehr eine Frage der Zeit und das Ende des Apartheidregimes Südafrikas in greifbarer Nähe. Viele Spezialkräfte die von der Südafrikanischen Regierung für verdeckte Operationen oder so genannte „Anti-Terror Einsätze“ gegen Mitglieder des African National Congress (ANC) eingesetzt wurden, waren nun schlagartig zu Relikten eines alten, überkommenen Regimes geworden und somit eine potentielle Bedrohung für die beginnende Demokratisierung Südafrikas.

Für Executive Outcomes bedeutete die Auflösung des 32-Batallion und der Koevoet die Schaffung eines reichhaltigen Pools an gut ausgebildeten Spezialkräften mit langjähriger Erfahrung in den schwelenden Konflikten Afrikas.

Das Recht, vor allem jedoch die Fähigkeit mit militärischen Mitteln Kriege zu führen, gelangte damit wieder in die Hände privater Akteure.

Während in einer bipolaren Weltordnung die Kosten und die Dimensionen bewaffneter Konflikte entlang des Spannungsfeldes zwischen Ost und West so

¹ Maninger, S. (2007): Soldiers of misfortune, in: Jäger, T./Kümmel, G. (Hrsg.): Private military and security companies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 70.

hoch lagen, dass sie ausschließlich von Staaten getragen werden konnten, fiel mit dem eisernen Vorhang auch der Preis des Krieges.

Diese „neuen Kriege“ zeichnen sich vor allem durch ihre Langwierigkeit, ihre geringere Intensität und einen massiven Einsatz von so genannten „small arms“ aus.² Die Konflikte wurden damit nicht nur zeitlich länger, sondern gleichzeitig auch blutiger. In der Clausewitz'schen Version des Krieges war die Auseinandersetzung eine Konzentration der Kräfte in Zeit und Raum³, doch mit dem erzwungenen Ausstieg der UDSSR aus dem Rüstungswettlauf mit den USA bestand auch für diese keine Notwendigkeit der bisherigen Doktrin von Erst- und Vergeltungsschlag zu folgen. Es war schlicht und einfach kein Gegner mehr übrig, der die Kapazitäten aufbringen konnte, solch einen Erstschlag zu vollführen und dem auf eine entsprechende Art und Weise begegnet werden konnte.

Dies bedeutete für die USA den Aufstieg zur Hegemonialmacht⁴, zumindest so lange als alle anderen Akteure der Clausewitz'schen Logik folgten.

Diese Logik wurde am 11. September 2001 mit aller Härte gebrochen.

Der Weltöffentlichkeit wurde das Gesicht eines Schlachtfeldes gezeigt auf dem Kriege ohne Truppenverbände, ohne technologische Überlegenheit und ohne klares Ziel geführt werden konnten. In der neuen Logik der bewaffneten Auseinandersetzung war Krieg selbst für private Akteure erschwinglich geworden und die Hemmschwelle sich auf solch ein Wagnis einzulassen, drastisch gesunken. In den folgenden Kapiteln werde ich versuchen zu skizzieren wie diese Abkehr von den symmetrischen Konflikten erfolgte und im besonderen zwei Akteure auf den vergangenen Schlachtfeldern der Zukunft beleuchten, die sowohl in ihren Kapazitäten als auch in den von ihnen durchgeführten Aufträgen bis heute einzigartig sind.

² Münkler, H. (2004): Die neuen Kriege, Rowohlt, Reinbek, S. 40f.

³ Clausewitz, C. v. (1996): Vom Kriege, Rowohlt, Reinbek, S. 21.

⁴ Nye, J. S. (2002): The Paradox of American Power, Oxford, Oxford University Press, S. 8.

1.1 Definitionen

Der wirtschaftswissenschaftliche Begriff der „Unternehmung“ geht auf Gutenberg zurück. Der Begriff beschreibt den rechtlichen Rahmen einer Organisation um einer gewinnorientierten Tätigkeit nachzugehen.

Die Unternehmung ist in ihrer Definition nicht wie der Betrieb ortsgebunden, sondern erstreckt sich über alle Liegenschaften und Teilbereiche.

Eine private militärische Unternehmung (PMU) bildet somit den rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen einer gewinnorientierten Organisation, deren Leistung sich über die Bereitstellung militärischer Potentiale erstreckt.

Als „militärisches Potential“ beschreibe ich die Fähigkeit eines Akteurs, sowohl staatlich als auch nicht-staatlich, eine militärische Tätigkeit auszuüben. Der Bereich dieser Tätigkeit muss sich dabei über die prinzipielle Fähigkeit zur Bereitstellung jedweder militärischen Funktion im Spektrum zwischen offensiver und defensiver Dienstleistungen erstrecken. Darin unterscheidet sich die private militärische Unternehmung grundsätzlich vom privaten militärischen Sicherheitsunternehmen (PMSU), welches keine offensiven Kapazitäten entwickeln konnte oder wollte.

In Analogie zu Singers Definitionen, die den Raum des Krieges in drei Zonen einteilen und die Bezeichnung der Unternehmen aus ihrer Nähe zum Schlachtfeld ableiten, sei hier der Vollständigkeit halber auch noch das private militärische Versorgungsunternehmen (PMVU) erwähnt.⁵

Diese Unternehmen stellen weder offensive noch defensive Potentiale bereit, sondern sind bloß in dem Bereich der militärischen Logistik und Versorgung involviert.

1.2 Hypothese

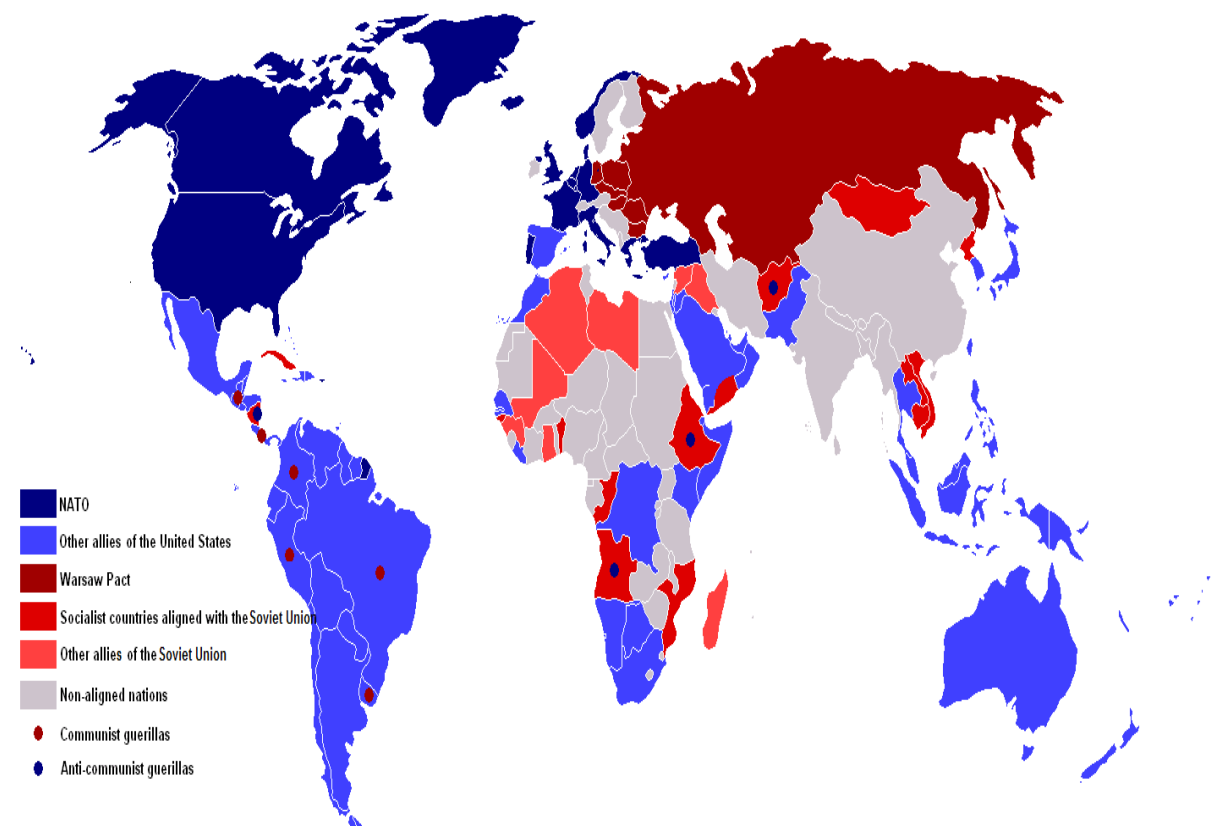
So lange der kalte Krieg zwischen den USA und der UDSSR andauerte, war er geprägt von einem konsequenten Wettrüsten und einer Geopolitik, die nur zwei Blöcke kannte.⁶ Die Welt ließ sich an Hand dieser beiden Pole ordnen, die ihre

⁵ Singer, P.W. (2007): *Corporate warriors*, Ithaca, Cornell University Press, S. 93.

⁶ Brzezinski, Z. (2008): *Second Chance. Three Presidents and the Crisis of American Superpower*, New York, S. 21f.

Kraft entweder in Form wirtschaftlicher Unterstützung oder in Form militärischer Interventionen entfalteteten.

Die daraus resultierenden strategischen Allianzen, in Form der NATO und des Warschauer Paktes, in Form der OECD und des COMECON, aber auch in Form zahlreicher militärischer Stützpunkte auf den Gebieten assoziierter Staaten, sorgten für einen hohen sicherheitspolitischen Informationsgehalt und sind direkt auf die Wirkung der soft und hard power⁷ beider Staaten zurückzuführen.



8

Die Strategie der wechselseitigen Abschreckung verlangte nach großen militärischen Kapazitäten, die jederzeit verfügbar waren.

Dadurch war es beiden Blöcken möglich jederzeit groß angelegte militärische Interventionen durchzuführen. Die UDSSR tat dies in Afghanistan und die USA in Vietnam. Beide Interventionen verliefen letztlich blutig und ergebnislos, doch zeigten sie dem Rest der Welt die Bereitschaft der beiden Großmächte sich,

⁷ Nye, J. S. (2002): The Paradox of American Power, Oxford, Oxford University Press, S. 8.

⁸

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Cold_War_Map_1980.png&filetimestamp=20071222231859, am 08.02.2009.

selbst in den periphersten Gebieten der Erde mit einem für jeden anderen Staat unvorstellbar hohen Maß an militärischen Kapazitäten zu engagieren. Weiters sorgten die militärischen Blöcke der NATO und des Warschauer Paktes für eine hohe militärische Informationsdichte. Die Streitkräfte beider Seiten bildeten homogene Felder, da ihre sicherheitspolitischen Doktrinen jeweils von einer der beiden Großmächte festgeschrieben wurde und die Großmächte selbst sich auch nur in einem gegenseitigen Wechselspiel befanden.

Unterteilen wir die Sicherheitspolitik zuerst einmal in drei Ebenen.

Auf der Mikroebene findet sich als kleinste Einheit der Soldat.

Er ist in größere Einheiten eingegliedert, die zusammen den militärischen Apparat des Staates bilden. Diesen Militärapparat in seiner Gesamtheit bezeichne ich als Mesoebene.

Die Staaten wiederum fügen sich, wie schon weiter oben ausgeführt, zu Blöcken rund um eine dominante Macht zusammen und formen die Makroebene. Bricht solch eine dominante Macht zusammen, wie es im Fall der UDSSR geschehen ist, verliert die Makroebene an Kohärenz was dazu führt, dass Entscheidungskompetenzen auf die Mesoebene übertragen werden. Verliert eine Großmacht also ihre dominante Stellung innerhalb eines Staatenbundes, verliert dieser Bund seinen Zusammenhalt und damit auch die gemeinsame Ausrichtung.

Die Akteure der Mesoebene verlieren damit ihre Blockrationalität und treten vermehrt als Agenten ihrer eigenen Politik in Vorschein.

Dadurch sinkt der sicherheitspolitische Informationsgehalt, da die Rationalitäten der einzelnen Staaten sich nun ohne ein formgebendes Makrosystem entwickeln. Setzt sich dieser Kohärenzverlust auf Grund schwach ausgeprägter staatlicher Strukturen auf der Mesoebene fort, fällt die Entscheidungskompetenz auf die Akteure der Mikroebene zurück.

Doch selbst wenn die Struktur auf Mesoebene erhalten bleibt, verändert die Mikroebene ihre Dimension, da diese ihren bisherigen Bezugspunkt auf der Makroebene hatte. Die Größe, aber auch die Form der Mikroebene ist somit maßgeblich an die Bedürfnisse der Makroebene orientiert.

Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes brach die Makroebene eines sicherheitspolitischen Apparates auseinander. So lange er existierte, verband er die

Akteure der Mesoebene, die Mikroebene wurde homogenisiert und an die Anforderungen der Makroebene angepasst.

Dadurch entstand ein hoher Informationsgrad, da die Akteure der Mikro- und der Mesoebene sich auf der Makroebene als ein einzelner Akteur mit einer einzigen sicherheitspolitischen Rationalität bewegten.

Die Gesamtheit der sicherheitspolitischen Interessen wurde also auf übergeordneter Ebene gesammelt und koordiniert.

Ohne dieses Steuerungsinstrument verloren die unteren Ebenen rasch ihre Bindung zueinander und der sicherheitspolitische Informationsgehalt nahm ab. Die Makroebene blieb stark fragmentiert zurück, doch konnte sie nun nicht länger die Interessen der Mesoebene aufnehmen und koordinieren.

Dieser Rückgang der sicherheitspolitischen Informationsdichte hatte zwei Folgen. Einerseits bildeten die Staaten jetzt wieder den Rahmen in dem sich die militärischen Apparate definieren und strukturell anpassen mussten. Sicherheitspolitik wurde von den Akteuren der Mesoebene betrieben und war folglich stärker diversifiziert als zu Zeiten in denen auf der Makroebene noch ein form- und willensbildender Apparat existierte.

Andererseits wurden in Folge dieser geänderten Rahmenbedingungen die militärischen Ressourcen neu verteilt und ausnahmslos verkleinert.

Das führte zu einer Freisetzung militärischen Personals auf der Mikroebene und bildete den Motor für die Entwicklung privater militärischer Unternehmungen.

Dies bedeutet nun aber keinesfalls, dass alles militärische Personal der privaten militärischen Unternehmungen der '90er Jahre sich aus dem Pool ehemaliger Länder des Warschauer Paktes rekrutierte.

Die Entwicklung, die ich hier am Beispiel des Warschauer Paktes beschrieben habe, setzte sich ebenso in den westlichen Staaten der NATO fort und traf in letzter Instanz auch jene Nationen, die über bloße wirtschaftliche Unterstützung an einen der beiden Blöcke gebunden waren.

Der Verkleinerung und Rationalisierung der militärischen Apparate auf der Mesoebene und die damit verbundene Freisetzung militärischen Personals auf der Mikroebene folgte dem bipolaren Prinzip, das die Makroebene bis dahin geprägt hatte. Mit dem Ausfall eines der beiden Akteure, waren auch die westli-

chen Staaten in der Lage Ressourcen aus dem militärischen Bereich abzuziehen und ihre Militärapparate zu verkleinern.

Der strategische Rahmen der Akteure verkleinerte sich, da die Welt nun nicht mehr an der Bruchlinie zwischen Ost und West geteilt war und sicherheitspolitisches Engagement nun wieder von den Eigeninteressen der Nationalstaaten abhing.

Zusammenfassend stellt sich die Hypothese also wie folgt dar.

Die globale Sicherheitspolitik erstreckt sich über drei Ebenen, die Mikro-, Meso- und Makroebene. Je mehr Akteure der Mesoebene auf der Makroebene konzentriert sind, desto höher ist der sicherheitspolitische Informationsgrad. Verliert der Apparat der Makroebene seine Kohärenz, geht der sicherheitspolitische Informationsgrad zurück.

Dadurch sinkt die Fähigkeit der Makroebene die Interessen der Mesoebene zu koordinieren und in einen kollektiven Willen zu transformieren. Dadurch wird sicherheitspolitisches Engagement in peripheren Regionen, also solchen Regionen die keine unmittelbare Bedrohung für die Akteure der Mesoebene darstellen, zusehends unwahrscheinlich.

Der Bedarf an exogenen militärischen Potentialen steigt in diesen Regionen jedoch an, je weiter der sicherheitspolitische Informationsgrad zurückgeht.

Dieses Paradoxon einer globalen Verkleinerung der nationalen Militärapparate und einer dennoch steten Zunahme des Bedarfs an militärischer Dienstleistung bildet den zentralen Antrieb für die Entwicklung privater militärischer Unternehmungen.

In Zeiten in denen ein hoher sicherheitspolitischer Informationsgrad herrschte, also viele Akteure der Mesoebene einem Block auf der Makroebene zuzurechnen waren, formte die Makroebene ein Distributionsregime militärischer Dienstleistungen. Als dieses Regime zusammenbrach, blieb der freie Weltmarkt als einziges Instrument zur Deckung des Bedarfs an militärischer Unterstützung in den peripheren Regionen erhalten.

2 Die moderne Staatenordnung

Wenn man die Arbeit von privaten militärischen Unternehmungen untersucht, trifft man zwangsläufig auf den Begriff der „failed states“, also Staaten deren Organisationsstruktur brüchig ist und deren Institutionen nicht in der Lage sind die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Das Gewaltmonopol, ein zentrales Merkmal des modernen Staates ist in diesen gescheiterten Staaten nicht mehr in der Hand des Staates, sondern an eine Vielzahl von Akteuren übergegangen. Um nun aber verstehen zu können, wie private militärische Unternehmungen Einfluss auf solche „failed states“ nehmen, ist zuerst einmal notwendig die Entstehung der modernen Staaten zu beleuchten.

Der Beginn der modernen Staatenordnung wird mit der Unterzeichnung der Verträge angenommen, die später als der „westfälische Friede“ bekannt wurden.

Der dreißigjährige Krieg hatte Europa mit Tod und Verwüstung überzogen und marodierende Söldnerbanden bestimmten den Alltag. Kriegsherren wie Wallenstein führten ihre Söldner durch Europa, immer im Dienste des Meistbietenden und stets auf einem Auge mit der Fortführung der Instabilität befasst. In diesen Umständen scheint das Europa des 17. Jahrhunderts den schwachen Staaten des heutigen Afrikas nicht unähnlich gewesen zu sein, mit dem Unterschied, dass das Ende der ökonomischen Ressourcen in Europa auch das Ende des dreißigjährigen Krieges einleitete und den Beginn der modernen Staatenordnung. Afrika hingegen verfügt heute über die Möglichkeit der Allokation von Ressourcen über den Weltmarkt, was wohl ein bedeutender Faktor für die Dauer der zahlreichen Konflikte mit niedriger Intensität auf diesem Kontinent ist. Die Entstehung der modernen Staaten war jedoch kein Prozess der in Verträgen beschlossen und alsbald danach umgesetzt wurde.

Die Entwicklung der modernen Staaten ist vielmehr als steter Kampf um die Vorherrschaft zwischen dem Staat und anderen Interessensgruppen zu sehen. Die Anhäufung des merkantilen Kapitals hatte auch die Herrschaftsverhältnisse Europas im Jahre 1400 n.Ch. verändert. Die Dyade zwischen Kirche und Adel

wurde aufgebrochen und um vermögende Händler erweitert, die mit ihrem Kapital in Konkurrenz zu den bestehenden Institutionen traten.⁹

Für Europa bedeutete der westfälische Friede eine Abkehr vom bis dahin vorherrschenden Verständnis von Territorium. War bis dahin das Gebiet an die Person des Fürsten oder Königs gebunden, also eine Verletzung des Territoriums gleichgesetzt mit einem Angriff gegen die Person, so veränderte die westfälische Ordnung diese Vorstellung dahingehend, dass das Territorium zum Behältnis eines Volkes und eines bürokratischen Apparates wurde.

„Einen Staat zu regieren wird also heißen, die Ökonomie anzuwenden, eine Ökonomie auf der Ebene des Staates als Ganzem, das heißt, man wird, was die Einwohner, die Reichtümer, das Verhalten aller und jedes einzelnen betrifft, eine Form von Überwachung und Kontrolle ausüben.“¹⁰

Die Entwicklung der bürokratischen Kontrolle ist ein zentrales Element in der Entwicklung der europäischen Staaten. Aus ihr entwickelte sich langsam ein dichtes Netz von Interessensgebieten, die der Staat für sich entdeckte.

Die effektive Verwaltung und Eintreibung von Steuern wurde zur Grundlage des Staatsapparates und bedingte in Folge weitere Institutionen zur Überwachung und der Aufrechterhaltung der Ordnung. Die jungen Staaten Europas standen in ständigem Konflikt mit anderen dominanten Interessensgruppen. Die heutige allgemeine Zustimmung zum System der modernen Staaten und deren Institutionen entstand über eine lange Periode, in der es den Staaten gelang sich gegen andere soziale Strukturen durchzusetzen.¹¹

Durch die Abkehr von den Söldnertruppen des dreißigjährigen Krieges hin zu stehenden Heeren entstand ein weiterer Grund, einen funktionalen bürokratischen Apparat zu entwickeln. Das Militär verursachte Kosten, die durch effektive Verwaltung und Eintreibung der Steuern gedeckt werden mussten, es benötigte Ausbildung und Disziplinierung, um nicht selbst zur Bedrohung zu werden

⁹ Wolf, E. (1982): Europe and the People Without History, Berkeley, University Presses of California, S. 104.

¹⁰ Foucault, M. (2006): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt am Main, Suhrkamp, S. 144.

¹¹ Migdal, J. (1988): Strong Societies and weak States, Princeton, Princeton University Press, S. 31.

und es bedurfte einer politischen Kontrolle, die stehenden Heere in den restlichen Staatsapparat integrieren zu können.

Heute scheint diese Entwicklung an einem Wendepunkt zu stehen. Die Privatisierung der Gewalt, sowohl im Bereich der inneren Sicherheit als auch des Militärs scheint ein Ende der absoluten Vorherrschaft der Staaten einzuläuten.

3 Executive Outcomes – die frühen Jahre

Der Name Executive Outcomes tauchte erstmals im Jahr 1990 auf, als mehrere Mitglieder des „Civil Cooperation Bureau“ (CCB) die South African Defense Forces (SADF) verließen um diese als private militärische Berater in der Ausbildung von Spezialkräften zu unterstützen.¹²

Die Tätigkeiten von Executive Outcomes beschränkten sich zu Beginn auf reine militärische Beratung und Ausbildung von Spezialkräften in den Bereichen „counter-intelligence“ und „counter-insurgency“.

Es ist schwer nachzuvollziehen ob EO wirklich von Eben Barlow als privates militärisches Beratungsunternehmen gegründet wurde, oder ob es sich in den frühen Jahren von EO nicht doch nur um eine Scheinfirma des CCB handelte. Barlow der in Rhodesien (dem heutigen Zimbabwe) geboren wurde, diente zuerst im, für seine Effektivität aber auch wegen seiner zahlreichen Verstöße gegen die Menschenrechte berüchtigten 32nd Battalion.

„The unvarnished truth is that 32 Battalion was born of a power struggle in one land, only to perish in the political maelstrom of another.“¹³

Später wechselte er zum CCB und leitete dort die Westeuropa-Sektion.

Das Civil Cooperation Bureau war eine Tarnorganisation für Spionage und Mordkommandos die insbesondere gegen den ANC im Ausland aktiv waren.

So zeichnete sich das CCB für die Ermordung einiger ANC Führer verantwort-

¹² O'Brien, K. A. (2000): Private military Companies, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 49.

¹³ Nortje, P. (2008): 32 Battalion, Cape Town, Zebra Press, S. 283.

lich, aber ebenso für illegale Waffeneinkäufe oder aber die Verbreitung des Gerüchts in Großbritannien, der ANC würde mit der IRA kooperieren.¹⁴

Zu Barlows Aufgaben gehörte ebenso der An- und Verkauf von Waffen über Scheinfirmen um Waffenembargos gegen Südafrika zu umgehen.

In dieser Zeit knüpfte Barlow wohl die Kontakte, die es ihm später ermöglichten EO zu einer autarken privaten militärischen Unternehmung zu machen.

Executive Outcomes sollte später die Speerspitze eines Geflechts aus Minen-, Sicherheits- und Versorgungsgesellschaften werden, doch der Grundstein für diese Entwicklung wurde wohl in den Jahren zwischen 1990 und 1992 gelegt, als EO in Kontakt mit Firmen wie De Beers kam.

De Beers engagierte EO zum Training seiner Sicherheitskräfte, aber auch zur militärischen Aufklärung in einigen Gebieten des südlichen Afrika wie Botswana, Namibia und Angola.

Im Jahr 1992 kam es dann durch Vermittlung von Simon Mann, einem ehemaligen Mitglied der britischen SAS, zu einem Kontakt zwischen Eben Barlow und Anthony Buckingham, einem britischen Geschäftsmann.¹⁵ Buckinghams Firma, die „Branch Heritage Group“ (BHG) und deren Ableger, „Branch Energy“ waren ab diesem Moment fester Bestandteil des EO-Netzwerkes, das selbst die eigentliche Auflösung der Unternehmung im Jahr 1999 überdauerte. Sandline International war ebenfalls Teil dieses Netzwerkes was ein Anhaltspunkt dafür ist, dass die Einzigartigkeit beider Unternehmungen durch deren Einbettung in ein Netzwerk bedingt ist, welches in der Lage war große Verträge über militärische Operation teils vorzufinanzieren oder aber auch durch Abbaukonzessionen an „Branch Energy“ abzusichern.

Die meisten EO Mitarbeiter verband die gemeinsame Vergangenheit in der SADF, ein weiterer Umstand dem der große Erfolg der EO Operationen zugeschrieben werden kann.

Die Söldner verband ein gemeinsames Training, eine gemeinsame Sprache, nämlich Afrikaans, was den taktischen Vorteil brachte, dass abgehörte Funkmeldungen kaum vom Gegner verstanden werden konnten.

¹⁴ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.102.

¹⁵ O'Brien, K. A. (2000): Private military Companies, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 50.

Durch die gemeinsame Vergangenheit der EO Söldner in den Reihen einiger der Eliteeinheiten des Apartheidregimes sah Executive Outcomes sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, ein militärisches wie auch ideologisches Relikt des Regimes zu sein, was das Verhältnis zur neuen demokratischen Regierung Südafrikas nicht gerade einfach machte.

Die neue Regierung hatte ein natürliches Interesse daran, die SADF zu restrukturieren und besonders das Personal aus den ehemaligen Eliteeinheiten des Apartheidregimes abzubauen. Insgesamt verließen beinahe 60.000 Soldaten die SADF im Zuge dieser Restrukturierung.¹⁶

In diesem Kontext war EO ein funktionierendes privates Auffanglager für jene Soldaten die im alten Regime gelernt hatten und die der neuen Regierung nun suspekt waren.

EO unterhielt bis zu seiner Auflösung 1999 kein stehendes Heer, sondern arbeitete mit einer Datenbank von Söldnern, die je nach Anforderung des Auftrages zu Einheiten zusammengestellt wurden.

Ob EO in der Transformationsphase der südafrikanischen Politik zwischen 1990 und 1994 nun einen von der Regierung mit stillschweigendem Wohlwollen geduldeten Platz einnahm, oder ob man von staatlicher Seite einfach zu wenig Notiz vom Aufstreben des privaten Sicherheitsunternehmens hin zur privaten militärischen Unternehmung nahm, kann nicht eindeutig geklärt werden.¹⁷ Fest steht jedoch, dass EO bereits 1993 in Angola bewies, dass die Ideologie und die sicherheitspolitische Ausrichtung des Apartheidregimes für sie keinen Richtungsweiser mehr darstellte.

Während das Apartheidregime die angolansische UNITA unterstützte, begann EO seine erste militärische Operation auf Seiten der MPLA, die auch die Regierung stellte.

Dieser Umstand sollte später besondere Bedeutung erlangen, da viele Söldner der Unternehmung in den Jahren zuvor in verdeckten Operationen auf Seiten der UNITA gekämpft hatten und deren Taktik genau kannten.

¹⁶Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.102.

¹⁷ Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press, S. 158.

3.1 Erster Einsatz – Angola 1993

Angola ist reich an Rohstoffen und natürlichen Ressourcen, besonders aber an Erdöl und Diamanten.

Über die Jahre des, seit der Unabhängigkeit 1975 beinahe durchgehend andauernden Bürgerkrieges, dienten diese Rohstoffe den beiden verfeindeten Parteien der MPLA und der UNITA dazu, den Krieg weiter zu finanzieren. So lange der kalte Krieg andauerte, fanden viele Staaten Afrikas Unterstützung bei einem der beiden Blöcke.

So unterstützten die USA indirekt über Südafrikas Apartheidregime die UNITA, während die kommunistische MPLA von der UDSSR unterstützt wurde.¹⁸

Als die bipolare Weltordnung zerbrach, blieb der Konflikt in Angola bestehen und fand sich eingebettet in den freien Weltmarkt wieder.

Das Interesse der Weltöffentlichkeit an diesem schier endlosen Bürgerkrieg war gering und so verblieben dem Land nichts als seine Bodenschätze um exogene Kapazitäten anzuziehen.

Trotz seines Reichtums an Bodenschätzen ist Angola auch heute noch verarmt. Im „Human Development Index“ (HDI) findet man es im Jahr 2008 auf Platz 162 von 177 Ländern.¹⁹

Dieser Reichtum an Bodenschätzen war es auch, der Executive Outcomes Gründer Eben Barlow 1992 in Kontakt zu Anthony Buckingham brachte und 1993 zum Abschluss eines Vertrages zwischen „Heritage-Oil“ (einem weiteren spin off der Branch-Heritage Group), Executive Outcomes und der angolischen „Sonangol“ führte.

EO wurde engagiert die Ölfelder von Soyo, einem der Zentren der angolischen Ölindustrie zurückzuerobern und zu sichern.

Die UNITA blockierte die Ausbeutung der Soyo Felder und die FAA waren zu diesem Zeitpunkt bereits so in Bedrängnis geraten, dass an eine Rückeroberung nicht zu denken war. Dadurch fehlte es der MPLA Regierung allerdings an einer entscheidenden Ressource um den Kampf gegen die UNITA weiterführen zu können. Deswegen viel die Entscheidung wohl etwas leichter, den Auftrag in die Hände von EO zu übergeben und diesen indirekt über Konzessionen an

¹⁸Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S. 108.

¹⁹ Human Development Index 2008, unter: <http://hdr.undp.org/en/>, am 19.04.2009.

Heritage-Oil zu finanzieren.²⁰ Im Frühling des Jahres 1993 begann EO mit ihrem Einsatz in Angola. Ein Kommando von etwa 80 Männern wurde entsandt um die Soyo Anlage wieder unter die Kontrolle der Regierung zu bringen.

„A wave of incoming fire hit the men at approximately 10:00. The intensity and accuracy of the barrage was overwhelming and above the clatter of gunfire, the shrill call of “Avanca!” (advance/attack) was heard. UNITA had launched their counter-attack.“²¹

EO gelang es in einem Überraschungsangriff die Anlage unter ihre Kontrolle zu bringen. Obwohl die flüchtenden UNITA Truppen von weißen Söldnern sprachen, die sie zurückgeschlagen hatten, blieb die Einbindung von Executive Outcomes in diesen Konflikt zunächst verborgen.

Erst als EO sich ein paar Monate später offiziell zu diesem Einsatz bekannte und auch die angolansische MPLA Regierung die Verwendung der Söldner zur Sicherung der Soyo Anlage zugab, erkannte die UNITA, dass sie von ihren ehemaligen Kampfgefährten besiegt wurde, die nun auf Seiten der MPLA kämpften.

Die Nachricht von EO's erfolgreichem Einsatz in Angola verbreitete sich fortan wie ein Lauffeuer. Obwohl es der UNITA rasch nach dem Abzug der Söldner gelang Soyo wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, hatte die Welt nun erfahren, was für einen Unterschied selbst eine kleine Einheit an gut ausgebildeten Spezialisten machen konnte.

Die Tatsache, dass die meisten Söldner Jahre zuvor gegen die angolansische Regierung gekämpft hatten und nun unter ihrer Zustimmung die Soyo Felder zurückerobert hatte, sorgte für Misstrauen. Doch hinter all dem blieben ein überragender Sieg und eine Effektivität, die selbst der UN Generalsekretär Kofi Annan später einmal loben sollte.

²⁰ O'Brien, K. A. (2000): Private military Companies, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 51.

²¹ Barlow Eben (2008): Executive Outcomes. Against all odds, Alberton, Galago, S. 110.

3.2 zweiter Einsatz in Angola

Obwohl kurz nach dem Rückzug EO's aus Angola die Soyo Installation wieder in die Hände der UNITA fiel, kam es September 1993 zu einem neuerlichen Vertragsabschluß zwischen der angolanischen Regierung und Executive Outcomes.

Der Vertrag beinhaltete die Rückeroberung der Diamanten- und Ölfelder, die Ausbildung des angolanischen Militärs, insbesondere der 16ten Brigade, einer Einheit die in den 1980ern von Truppen der SADF ausgelöscht wurde und die Unterstützung der Regierungstruppen um Kampf gegen die UNITA.²²

Die Finanzierung erfolgte wie schon Monate zuvor über Konzessionen an Branch-Heritage, doch auch De Beers soll den insgesamt 40 Millionen US Dollar umfassenden Ein-Jahres Vertrag mit EO mit 7 Millionen US Dollar mitfinanziert haben.²³

De Beers hoffte wohl, dass die Besetzung der Diamantenfelder durch EO-Truppen, dem unter der Kontrolle durch die UNITA stark angewachsenen Diamantenschmuggel Einhalt gebieten würde.

Der zweite Einsatz von EO in Angola unterschied sich nicht nur in der Truppenstärke, die dieses Mal auf 500 Söldner angewachsen war, sondern auch in den Kompetenzen die der Unternehmung zugestanden wurden. So zeichnete sich EO nicht nur für die Bewachung der Öl- und Diamantenfelder verantwortlich, sondern startete auch gemeinsam mit den von ihr ausgebildeten Soldaten der 16ten Brigade eine Reihe von Gegenoffensiven.

Den FAA/EO Streitkräften gelang es auch die Diamantenfelder in der Provinz Luanda Norte unter ihre Kontrolle zu bringen, die einen Großteil der Kriegsausgaben der UNITA abgedeckt hatten²⁴

Executive Outcomes setzte auf eine doppelte Strategie. Einerseits auf das Training der durch große Verluste gegen die UNITA demotivierten angolanischen Armee, andererseits auf gezielte Kommandoaktionen gegen Zentren der UNITA. Die 16te Brigade unter Beistand der EO Söldner wurde zur Speerspitze der Offensive gegen die UNITA Truppen.

²² Singer, P.W. (2007): *Corporate warriors*, Ithaca, Cornell University Press, S.109.

²³ O'Brien, K. A. (2000): *Private military Companies*, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): *Mercenaries*, London, Pluto Press, S. 50.

²⁴ O'Brien, K. A. (2000): *Private military Companies*, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): *Mercenaries*, London, Pluto Press, S 52.

Die Taktik EO's, zuerst die Öl- und Diamantenfelder unter ihre Kontrolle zu bringen, sicherte einerseits die Bezahlung der Unternehmung ab, sorgte jedoch auch dafür, dass die UNITA von ihren wichtigsten Ressourcen im Kampf gegen die FAA abgeschnitten wurde.

Der erste große militärische Erfolg der von EO Söldnern ausgebildeten und angeführten 16ten Brigade kam mit der erfolgreichen Einnahme der Stadt Ndlandando im Mai des Jahres 1994.²⁵

EO setzte dabei auf schnelle Angriffe bei Nacht, eine Taktik die sowohl die FAA als auch die UNITA bis dahin, bedingt durch die dafür fehlende Ausrüstung, nicht eingesetzt hatten. EO versorgte die angolansische Luftwaffe ebenso mit Piloten, die über IBIS Air, einer Firma an der EO den Mehrheitsanteil hielt, zur Verfügung gestellt wurden. Durch die Luftunterstützung und die schnellen Angriffe bei Nacht gelang es EO innerhalb eines Jahres sämtliche Abbaugelände und die meisten größeren Städte Angolas wieder unter die Kontrolle der Regierung zu bringen.

Obwohl die UNITA nach immer schwereren Verlusten anfangs Kopfgelder auf jeden abgeschossenen EO Helikopter zu setzen, gelang es dennoch nicht einen einzigen abzuschießen, geschweige denn einen der Piloten gefangen zu nehmen.²⁶

Anders verhielt es sich allerdings mit der Gefangennahme von EO-Söldnern am Boden. Hier gelang es der UNITA mehrere Söldner festzunehmen und anschließend zu exekutieren.²⁷

Aus militärischer Sicht, war EO's Einsatz bei 20 eigenen Verlusten im Verhältnis zu hunderten getöteten UNITA Soldaten ein voller Erfolg.

EO setzte bei den Gefechten stets auf schnelle und präzise Schläge um dem Gegner keine Zeit zu lassen, sich an den Kampf anzupassen.

Während des Angriffes auf Cafunfo, kam es allerdings zu einer massiven Konfrontation mit UNITA Truppen. Ein Mitglied von EO erklärte 1995 im südafrika-

²⁵ Vines, A. (2000): Mercenaries, Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 172.

²⁶ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.109.

²⁷ Vines, A. (2000): Mercenaries, Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 172.

nischen TV Sender „SABC TV“, dass EO Söldner beim Marsch auf Cafunfo beinahe 300 UNITA Soldaten getötet hatten.²⁸

Cafunfo war bis zu Beginn der 1990er eines der wichtigsten Abbauzentren für Diamanten. Bei jedem Rückzug der UNITA aus dem Gebiet nahm sie Ausrüstung für den Diamantenabbau mit sich, was dazu führte, dass der formale Abbau zum Erliegen kam und der informelle Abbau, also der nicht industrialisierte Abbau, zunahm.

Für Executive Outcomes bedeutete der zweite Einsatz in Angola die endgültige Transformation von einer privaten militärischen Sicherheitsfirma zu einer privaten militärischen Unternehmung.

Der massive Einsatz von Luftschlägen und Aufklärungsflügen, aber auch die Führung der gepanzerten Einheiten am Boden machte EO zu einer privaten militärischen Macht, die zwar oftmals nur als Multiplikator der Kräfte wirkte, aber dennoch den Ausgang des Krieges entscheidend beeinflusste.

EO übernahm in Angola, für die Dauer des Vertrages sämtliche Aufgaben der militärischen Führung. Die Mitarbeiter EO's arbeiteten in Stabsstellenfunktionen. Damit hatten sie die fast ausschließliche Befehlsgewalt in allen operativen Bereichen und konnten gleichzeitig ihr Wissen am leichtesten parallel zum existierenden Militärapparat integrieren.

Obwohl der Vertrag mit EO, nicht zuletzt wegen des raschen Erfolges gegen die UNITA und der Angst der Regierung vor deren Rückkehr um ein Jahr verlängert wurde, brachte das Geschäft mit der Unternehmung für die Regierung zahlreiche Probleme mit sich. Die Kosten waren für die schwache Volkswirtschaft Angolas nur mit Mühe und Einsparungen im ohnehin nur rudimentär vorhandenen Gesundheitssektor zu tragen.

Angola schlitterte in einen Teufelskreis aus hoher Verschuldung, hohen Kosten für fremde militärische Unterstützung und dem Verlust eines Großteils der Einnahmen aus den Mineralgeschäften durch die Vergabe von Konzessionen an die mit EO assoziierten Firmen.

Ein weiteres Problem stellte die Integration der ausländischen Spezialisten in den Militärapparat dar. Executive Outcomes erfüllte zwar das vertraglich ver-

²⁸ Vines, A. (2000): Mercenaries, Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 173.

einbarte Training und zeichnete sich maßgeblich für die Reinstallation der 16ten Brigade verantwortlich, doch blieben alle höheren taktischen Entscheidungen in den Händen der EO Kommandeure.

Die angolanische Stabsführung aber auch die angolanische Regierung an sich gaben beide große Teile der Befehlsgewalt an ausländische Söldner, die ihre eigene Organisationsstruktur mitbrachten.

Diese Organisationsstruktur war jedoch einzig und allein an die Unternehmung gebunden und verschwand mit ihr, als der Vertrag im Dezember 1995 beendet war.

Executive Outcomes war während des Einsatzes in Angola zum ersten Mal in der Lage der Welt ihr wahres Potential zu offenbaren.

Nicht nur waren die Söldner der Unternehmung hoch qualifiziert und kampferfahren, sondern sie waren auch in der Lage die UNITA zur Unterzeichnung des „Lusaka Protokolls“, einem Waffenstillstandsabkommen, am 31. Oktober des Jahres 1994 zu bewegen.

Obwohl die Kampfhandlungen beinahe unmittelbar nach dem Rückzug EO's trotzdem wieder begannen, zeigte sich, dass gut ausgebildete Söldner durchaus in der Lage waren einen Bürgerkrieg, nach rein militärischen Gesichtspunkten betrachtet, zu beenden.

EO wurde während und nach ihrem Einsatz in Angola Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, die Berichte darüber beschränken sich jedoch auf den Einsatz von Streu- und Aerosolbomben.²⁹

Der Einsatz endete für die Unternehmung im Dezember des Jahres 1995 aus mehreren Gründen. Eine Bedingung für die Zustimmung zum Lusaka Protokoll durch die UNITA war ein Abzug EO's.

So lange EO im Sold der Regierung stand, war es der UNITA nicht möglich erneut ihre Kräfte zu mobilisieren und sich Zugriff zu den Abbaugebieten zu verschaffen.

Andererseits drängten die USA die angolanische Regierung die amerikanische Firma MPRI an Stelle von Executive Outcomes zu engagieren.³⁰

²⁹ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 174.

³⁰ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 172.

Obwohl EO Angola am 1. Jänner 1996 offiziell verlassen hatte, blieben zahlreiche, mit der Unternehmung assoziierte Subfirmen zurück.

Diese Firmen waren zum Großteil mit der Bewachung der Abbaugebiete beauftragt, für die Branch-Heritage Konzessionen erhalten hatte.

Das Personal, das EO bereits für ihren Kampf gegen die UNITA verwendet hatte blieb so zu großen Teilen im Land.

Damit hatte die Unternehmung zwar offiziell den Abzug aus Angola vollzogen, war aber trotzdem noch in Form der Subunternehmen präsent.

3.3 Sierra Leone

Sierra Leona ist ebenso wie Angola reich an Mineralien. Neben Vorkommen an Bauxit, Titanoxid und Platin verfügt es über große Vorkommen an Diamanten. Trotz dieses natürlichen Reichtums, gilt Sierra Leone laut Human Development Index der UNO als das ärmste Land der Welt.

Die Hauptursache hierfür ist die ungleiche Verteilung der natürlichen Ressourcen, deren Gewinne seit der Unabhängigkeit im Jahr 1961 fast ausschließlich in den Händen wechselnder Eliten verblieben. 1991 begann der Bürgerkrieg in Sierra Leone.

Unterstützt durch den liberianischen Warlord und späteren Staatspräsidenten Charles Taylor, gelang es der „Revolutionary United Front“ unter der Führung von Foday Sankoh 1991 die diamantenreichen Regionen im Osten des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Sankoh wurde in Libyen ausgebildet wo er auch Charles Taylor kennenlernte.³¹

Der Bürgerkrieg in Liberia der durch Angriffe von Charles Taylors NPFL begonnen hatte, wurde von den umliegenden afrikanischen Staaten, besonders aber von Nigeria mit großer Sorge beobachtet. Man befürchtete eine Destabilisierung der ganzen Region und so entschied die Wirtschaftsgemeinschaft der afrikanischen Staaten (ECOWAS) 1991 eine Schutztruppe zu entsenden. Diese Schutztruppe stand fortan zwischen Taylor und seinen Bemühungen die Macht an sich zu reißen, was wohl ein Grund für ihn war Sankoh's RUF zu un-

³¹ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S. 111.

terstützen. Von einem Übergriff des Bürgerkrieges auf Sierra Leone erhoffte Taylor wohl sich selbst etwas aus dem Blickfeld der ECOWAS rücken zu können. Der Bürgerkrieg und vor allem die Grausamkeit mit der er geführt wurde, stürzten Sierra Leone rasch ins Chaos.

Die Regierung beauftragte die Firma „Ghurka Security Guards“ (GSG) mit dem Training und dem Schutz der Regierungstruppen.

GSG beschäftigte fast ausschließlich nepalesische Ghurkas, die ehemals in britischen Regimentern gedient hatten und für ihre Fertigkeiten im Nahkampf berühmt waren.

Die Ghurkas wurden vor ihrem Einsatz in Sierra Leone hauptsächlich für die Bewachung von Anlagen eingesetzt

Die Regierung verstand unter dem Schutz ihrer in Ausbildung befindlichen Truppen ebenso den aktiven Kampf gegen die RUF, eine Aufgabe die außerhalb des Leistungsspektrums GSG's lag.

So marschierten zwei der europäischen Trainer, fünf Ghurkas und ein Platoon von RSLMF Infanteriesoldaten bei einer Aufklärungsmission am 24. Februar 1994 versehentlich mitten in ein Lager der Rebellen.

Es kam zu einem Feuergefecht bei dem mindestens 21 Personen des Trupps getötet wurden, darunter auch die beiden europäischen Ausbilder.³²

Die Leiche von Bob McKenzie, einem der beiden Ausbilder, wurde von den Rebellen teilweise verzehrt und verstümmelt, als Warnung für alle anderen Söldner nicht in diesem Konflikt aktiv zu werden.³³

GSG brach daraufhin ihren Vertrag mit der Regierung und zog sich aus Sierra Leone zurück. Bis zum Frühling des Jahres 1995 gelang es der RUF bis auf Freetown vorzurücken und eine Niederlage der Regierung schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Der Präsident Sierra Leones, Joseph Momoh wurde von einem jungen Offizier namens Valentin Strasser in einem unblutigen Coup abgelöst.

Obwohl die Regierung mehrere Ansuchen um Beistand an die USA und Großbritannien gerichtet hatte, blieb ihr in dieser verzweiferten Lage keine andere Wahl als die Dienste von Executive Outcomes in Anspruch zu nehmen. Da die Flucht des ehemaligen Präsidenten das Land nicht nur um ein gewähltes

³² Vines, A. (2000): Mercenaries, Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 172.

³³ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S. 112.

Oberhaupt, sondern auch um einen Teil der Staatskasse ärmer gemacht hatte, sah Strasser sich außer Stande die Kosten für den Beistand EO's in vollem Umfang zu begleichen.

Ein Großteil des 35 Millionen Dollar Vertrages wurde deshalb von Anthony Buckingham vorfinanziert, dem im Gegenzug Abbaukonzessionen im Kono Bezirk, einer an Diamanten reichen Gegend im Osten Sierra Leones zugesagt wurden.

Für Buckingham stellte dies wohl eine Hochrisikoinvestition dar, da der Kono Bezirk und die dortigen Minen zu dieser Zeit unter der Kontrolle der RUF standen und jeglicher Gedanke an einen Abbau durch eine ausländische Gesellschaft, die nicht mit der RUF assoziiert war, unmöglich erschien.

„A few days after their arrival in Freetown, the six-vehicle EO convoy slowly ambled through the narrow streets of Freetown on it's way to mile 91. The locals left their houses, lined the streets and cheered the men with shouts of “Viva South Africa! Viva Executive Outcomes!”³⁴

Im Mai 1995 begann Executive Outcomes mit ihrer Arbeit.

Die Unternehmung entsendete 160 Söldner mit dem Ziel, der Regierung Strassers die Kontrolle über das Land, vor allem aber über die rohstoffreichen Regionen zurückzugeben und die RUF zu besiegen.

Innerhalb der ersten 9 Tage gelang es EO nicht nur den Vormarsch der Rebellen aufzuhalten, sondern sie 126 Kilometer weit ins Landesinnere zurückzuschlagen.³⁵

Der Grund für EO's große militärische Erfolge war abermals die Einführung neuer Taktiken, die die RUF bis dahin nicht gewohnt war.

Man setzte verstärkt auf den Einsatz sogenannter „Gunships“, also speziell für den bodennahen Kampf ausgerüsteter Flugzeuge und Hubschrauber.³⁶

Wie in Angola nutzte man die technische Überlegenheit um Angriffe bei Tag und bei Nacht durchzuführen und dem Gegner keine Ruhepausen zu lassen.

Anders als bei der UNITA in Angola handelte es sich bei der RUF um keine Armee von kampferprobten Soldaten.

³⁴ Barlow Eben (2008): Executive Outcomes. Against all odds, Alberton, Galago, S. 329.

³⁵ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.113.

³⁶ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.113

Während die UNITA ihrerseits mit Soldaten der SADF trainiert und gekämpft hatte, konnte die RUF in Sierra Leone auf keine solche Expertise zurückgreifen.

Nach etwa drei Monaten in denen die RUF weit ab von Freetown zurückgeschlagen war, begann EO mit der Rückeroberung des Kono Bezirks. Das Gefecht mit den dortigen RUF Truppen dauerte nur zwei Tage und sicherte Buckingshams frühere Investition ebenso wie EO's Fähigkeit den Krieg weiterzuführen.

Nachdem die RUF weit in den Dschungel zurückgedrängt war, begann EO mit der Ausbildung einiger Armeeeinheiten. Weiters setzte EO auf die Hilfe der „Kamajor“, einer lokalen Miliz traditioneller Jäger.

Die Kamajor kannten den Dschungel und waren außerdem von großen Teilen der Gesellschaft respektiert. Die Armee konnte bis zu diesem Zeitpunkt wenig für den Schutz der Zivilbevölkerung tun, da sie sich selbst nur mit Mühe gegen die ständigen Angriffe der RUF zur Wehr setzen konnte, weshalb die Kamajor in den Augen vieler Menschen die einzigen waren, die etwas für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung taten.³⁷

Die von EO ausgebildeten Kamajor wuchsen bald zu einer dritten Kraft im Land heran, neben der RSLMF und der RUF.

Anschließend begann EO mit einem Angriff auf einen Hauptstützpunkt der RUF in den Kangari Bergen, der genau zwischen Freetown und den Kono Minen lag.

Von da an, war die Niederlage für Sankoh's Revolutionary United Front nur noch eine Frage der Zeit.

Abgeschnitten von den wichtigen Ressourcen in Kono und angewiesen auf die Rekrutierung von Kindern zur Deckung des eigenen Bedarfs an Soldaten, war es für die Söldner von EO ein Leichtes sie bis an die Landesgrenze zurückzuschlagen.

³⁷ Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press, S.88.



38

Beinahe vollkommen aufgerieben, stimmte die RUF zum ersten Mal Verhandlungen mit der Regierung zu.³⁹

Im Februar 1996 war die Lage stabilisiert und Strasser plante die Abhaltung freier Wahlen. Dem kam jedoch sein Verteidigungsminister, General Julius Bio durch eine Machtübernahme zuvor.

Aus den späteren Wahlen ging Ahmed Tejan Kabbah als Sieger hervor. Nachdem die RUF im Oktober ihren Rückzug aus dem Friedensabkommen erklärte, startete EO erneut eine Operation und zerstörte ihr Hauptquartier.⁴⁰

Im November kam es zur endgültigen Unterzeichnung des Friedensabkommens, das wie in Angola einen Rückzug EO's vorsah.

³⁸ <http://www.kriegsreisende.de/wieder/blood-diamond.htm>, am 12.05.2009

³⁹ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.113.

⁴⁰ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.114.

Zurück blieben Firmen wie „LifeGuard“, die schon in Angola für die Bewachung mehrerer Anlagen engagiert wurde und „Teleservices“, beides Firmen die zum EO-Branch Heritage Netzwerk zählen.

Die Dienste EO's waren kostspielig und für ein armes Land wie Sierra Leone beinahe untragbar. Die Kosten lagen zu Spitzenzeiten bei 1,8 Millionen US Dollar per Monat und wurden größtenteils über die Vergabe von Minenkonzessionen getragen.

Die volkswirtschaftliche Belastung war immens, einerseits durch eine stetig steigende Auslandsverschuldung, andererseits durch das Fehlen eines großen Teils der Erträge aus dem Geschäft mit den natürlichen Ressourcen des Landes. Obwohl EO im Jänner 1997 offiziell das Land verlassen hatte, blieben ihre Spuren bis heute erhalten. Firmen des EO-Netzwerkes sind immer noch aktiv und die von der Unternehmung ausgebildeten Kamajor wurden zu einer bedeutenden politischen und militärischen Kraft, die sich dem Einfluss der nationalen Politik bis heute entzieht.⁴¹

3.4 Die Auflösung

Am 1. Jänner 1999 schloss Executive Outcomes offiziell seine Türen.

Die stetig steigende Zahl an privaten Sicherheitsdienstleistern in Südafrika und deren immer stärker werdenden Verwicklungen in die zahlreichen schwelenden Konflikte des afrikanischen Kontinents hatte die Regierung veranlasst, am 30. April 1997 das Gesetz zur Regulierung militärischer Unterstützung im Ausland (Regulation of Foreign Military Assistance Bill) zu verabschieden.

Dieses Gesetz sah vor, dass jede Form militärischer Dienstleistung durch Südafrikaner im Ausland, einer Kontrolle und Bewilligung durch das National Conventional Arms Control Committee (NCACC) bewilligt werden musste. Bei Nichteinhaltung des Genehmigungsverfahrens, stellte das Gesetz Geldstrafen bis zu einer Höhe von 1 Million Rand oder Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren in Aussicht.

⁴¹ Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press, S. 90.

Das Gesetz sollte mehr Transparenz in das Geflecht der zahllosen Firmen, die Söldner ins Ausland vermittelten, bringen und sie vor allem daran hindern in Konflikten Positionen zu beziehen, die mit dem offiziellen Standpunkt der Regierung nicht einher gingen.

Das Ziel war es folglich nicht das Söldnertum in Südafrika generell zu unterbinden sondern vielmehr, der Regierung ein Mindestmaß an Kontrolle über die Aktivitäten der zahllosen südafrikanischen Söldner im Ausland zurückzugeben.

Doch die vielen Unklarheiten bezüglich des Genehmigungsverfahrens insbesondere wann und unter welchen Umständen um eine Erweiterung der Genehmigung angesucht werden musste, veranlasste viele private Sicherheitsdienstleister sich aus Südafrika zurückzuziehen und ihre Geschäfte in anderen afrikanischen Ländern mit weniger restriktiven Gesetzeslagen fortzuführen.

Executive Outcomes war zum Zeitpunkt ihrer Schließung längst zum globalen Akteur geworden. Durch die zahlreichen Spin-offs und Subunternehmen der Branch-Heritage Gruppe entwickelte sich EO weg von einer privaten militärischen Unternehmung hin zu einem transnationalen Geflecht verschiedenster Firmen.

Das 1997 verabschiedete Gesetz beschleunigte diese Entwicklung nur, anstatt sie wie eigentlich vorgesehen zu unterbinden.

EO verfolgte von Beginn der ersten großen Einsätze an eine Politik der Öffentlichkeit. In eklatantem Gegensatz zu den Söldnern der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts wie Bob Denard oder Kostas Georgiou besser bekannt als „Colonel Callan“, scheute EO die Präsenz in den Medien nicht.

Wie jede Unternehmung innerhalb der freien Marktwirtschaft nutzte sie die Medien als Plattform, als Mittel zum Transport eines Bildes der Effektivität der bereitgestellten Dienstleistung in den öffentlichen Raum.

Das von der südafrikanischen Regierung verabschiedete Gesetz, das wohl hauptsächlich auf die Einschränkung der Dienstleistungen großer Firmen wie Executive Outcomes abzielte, führte letzten Endes nicht zu deren Regulierung, sondern zu deren Abwanderung.

Dies führte zu einer Globalisierung der Unternehmung, die ihre nationalen Bande abwarf um als Netzwerk verschiedenster Unternehmen weiterzubestehen.

Dadurch entzog sie sich der bis dato bestehenden Öffentlichkeit und wurde für den Staat nicht mehr greifbar, so wie viele kleinere Unternehmen, die ihre Geschäfte von Anfang an in einem weniger transparenten Umfeld abgewickelt hatten.

Ein weiterer Grund für EO ihre offizielle Tätigkeit einzustellen war auch die Apartheid-Vergangenheit der Unternehmung und ihrer Mitarbeiter.

Obwohl seit ihrem ersten Einsatz in Angola keinerlei nachweisbare Relikte des Apartheidregimes in der Politik oder der Strategie EO's zu finden waren, sorgte die gemeinsame Vergangenheit vieler Söldner in den ehemaligen Eliteverbänden des Regimes immer wieder für eine negative Publicity.

3.5 Corporate business: das EO Netzwerk

Als Executive Outcomes im Jänner 1999 endgültig ihre Türen schloss war das keineswegs das Ende dieser Unternehmung.

Im Laufe der Jahre hatte EO so viele Spin-offs gegründet und war über ein so verworrenes Netz mit diversen anderen Firmen der unterschiedlichsten Sparten assoziiert, dass kaum von einem Ende der Unternehmung Executive Outcomes gesprochen werden kann.

Unternehmen wie „Lifeguard“ oder „Saracen“, die beide zur Kategorie der privaten militärischen Sicherheitsunternehmen einzuordnen sind, rekrutierten ihr Personal schon vor der Schließung EO's aus dem selben Pool und übernahmen teilweise auch direkt das von EO eingesetzte Personal. So blieben etwa 100 der 285 in Sierra Leone gegen Ende des Auftrages eingesetzten Söldner im Land zurück und wurden von Lifeguard mit der Sicherung wichtiger Installationen beauftragt.⁴²

Vor Ende ihrer Schließung hatte EO eine so große Zahl an Subunternehmen innerhalb der Branch-Heritage Gruppe hervorgebracht, dass kaum von einem Ende der Unternehmung gesprochen werden kann, sondern vielmehr von deren Globalisierung.⁴³

⁴² Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.117.

⁴³ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.118.

Den Knotenpunkt des Netzwerkes stellen die beiden Unternehmen „Plaza 107 Ltd.“ und „Strategic Resources Corporation“ (SRC) dar.

SRC, gegründet von Eben Barlow, Lafras Luitingh und Nicolas Paalm fungierte als Dachgesellschaft für beinahe 50 Unternehmen aus den unterschiedlichsten Bereichen.

Die Bandbreite erstreckte sich dabei von PMSU's bis hin zu Unternehmen die im Wiederaufbau von Infrastruktur tätig waren.

Ein Großteil der Unternehmen wurde entweder von Barlow direkt kontrolliert oder war über Partnerschaften eng an das Netzwerk gebunden.⁴⁴

Plaza 107 Ltd. fungierte als operatives Zentrum des Netzwerkes.

Von hier aus finden sich die Verbindungen zu den Abbau- und Fördergesellschaften der Branch Energy Gruppe, ebenso wie zu Sandline International und den Gesellschaften der SRC.

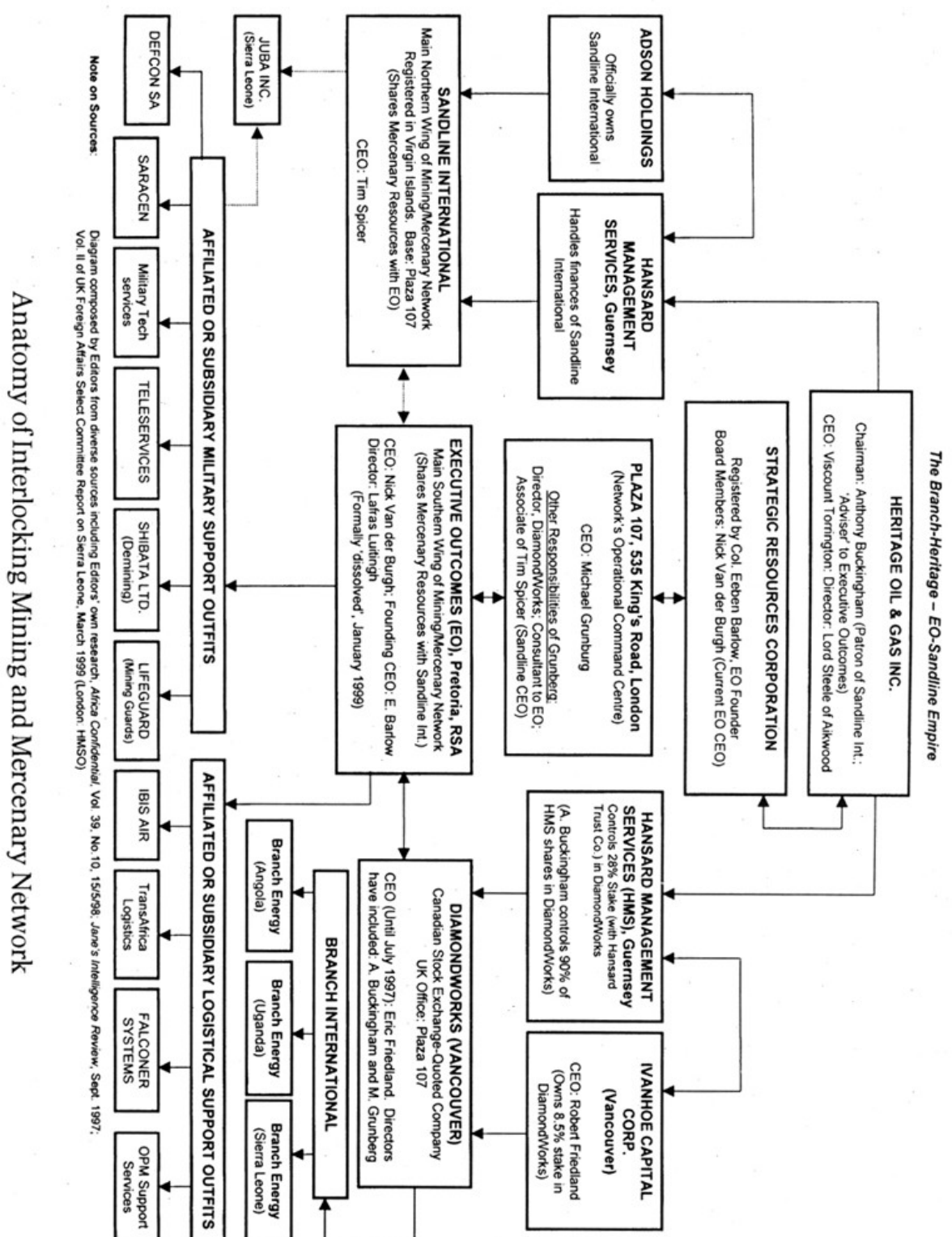
Nach der Auflösung von Executive Outcomes wurden auch zahlreiche von EO kontrollierten Unternehmen in Plaza 107 Ltd. eingegliedert.

Von Plaza 107 aus finden sich auch Verbindungen zu Anthony Buckingham und seiner Branch Energy Gruppe. An Diamond Works, die aus einer Fusion zwischen Carson Gold und Branch Energy hervorging hält „Hansard Management Services“ Anteile. Hansard wiederum wird direkt von Buckingham kontrolliert.⁴⁵

Der Direktor von Diamond Works ist Michael Grunberg, der CEO von Plaza 107 Ltd. Mit dieser letzten personellen Verwicklung schließt sich nun der Kreis zwischen den Sicherheitsunternehmen EO's und den Abbauunternehmen der Branch-Heritage Gruppe. Angesichts dieser Vielzahl an Verwicklungen wird deutlich, dass obwohl EO in Südafrika offiziell ihre Türen schloss, die Unternehmung durch ihre Gründer und ihre Gründungen, also der Vielzahl an von ihr gegründeten und kontrollierten Unternehmen weiter besteht.

⁴⁴ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 66.

⁴⁵ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 69.



Note on Sources: Diagram composed by Editors from diverse sources including Editors' own research, Africa Confidential, Vol. 39, No. 10, 15/5/98; Jane's Intelligence Review, Sept. 1997; Vol. II of UK Foreign Affairs Select Committee Report on Sierra Leone, March 1999 (London: HMSO)

Anatomy of Interlocking Mining and Mercenary Network

⁴⁶ Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. XVI.

4 Sandline International

Sandline International war ebenso wie Executive Outcomes eine private militärische Unternehmung die das gesamte Spektrum militärischer Dienstleistungen in ihren Operationen abdeckte.

Sandline gehörte zum selben Firmennetzwerk dem auch EO angehörte.

Über die Stärke der Bindung beider Firmen aneinander gehen die Meinungen auseinander. Vines sieht in Sandline eine Dachorganisation für die zahlreichen EO Spin-offs⁴⁷ während O'Brien Sandline als eine zweite militärische Organisation der Branch-Heritage Gruppe beschreibt.⁴⁸

Tatsächlich gab es einige personelle Verstrickungen zwischen EO und Sandline. Simon Mann, ein ehemaliges Mitglied der SAS, der bereits an der Gründung von EO mitgewirkt hatte, war ebenso an der Leitung von Sandline beteiligt wie Eben Barlow (EO), Michael Grunberg (Diamond Works) und Anthony Buckingham (Branch-Heritage).⁴⁹

Des Weiteren nutzte Sandline denselben Personalpool aus dem auch EO ihre Söldner bezog und nutzte für manche Operationen EO sogar direkt als Subunternehmen.

Die Gründung von Sandline International mag auf den ersten Blick etwas verwunderlich erscheinen, da damit innerhalb derselben Firmengruppe ein Konkurrenzunternehmen mit ähnlichen Kapazitäten geschaffen wurde. Tatsächlich war Sandline wohl mehr eine firmenpolitische Entscheidung denn ein eigenständiges Unternehmen.

Mit zunehmendem Erfolg von Executive Outcomes kam auch deren Vergangenheit im Apartheid-Regime Südafrikas immer mehr zur Sprache, was viele Kunden aus Angst vor einer Assoziation davon abschreckte die Dienste EO's in Anspruch zu nehmen. Weiters hatte EO trotz ihrer transnationalen Tätigkeit eine starke Bindung zu Südafrika, alleine schon durch den Umstand, dass ein Großteil ihres Personals Südafrikaner waren.

⁴⁷ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 67.

⁴⁸ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.), Mercenaries, London, Pluto Press, S. 177.

⁴⁹ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 61.

Mit Sandline erschuf man eine nach Außen hin eigenständige Firma mit britischen Wurzeln, die sich weder um die Relikte der jüngeren südafrikanischen Geschichte noch um irgendeine Verwicklung mit der dortigen Regierung sorgen musste.

Außerdem ermöglichte die Bindung an Großbritannien, wie schon EO in Südafrika, ein verdeckter Arm nationaler Interessen zu werden, was angesichts der kolonialen Vergangenheit Großbritanniens und der immer noch zahlreichen Einflussdomänen eine wohl profitablere und auf lange Sicht vielleicht auch respektablere Auftragslage sichern sollte.

Ob Sandline International nun tatsächlich eine unabhängige private militärische Unternehmung, wie von Sandlines CEO Timothy Spicer immer wieder behauptet⁵⁰ war oder es sich vielmehr um eine Form des virtuellen Unternehmens handelte, kann nicht eindeutig geklärt werden.

Angesichts der zahlreichen Verstrickungen zwischen EO, Branch-Heritage und Sandline kann aber davon ausgegangen werden, dass es sich bei Sandline tatsächlich um ein Produkt des EO-Netzwerkes handelt.

Sandline war bis zu ihrer Schließung am 16. April 2004 in acht bestätigten Operationen aktiv. Die beiden bekanntesten Einsätze in Papua Neuguinea und Sierra Leone, die für großes internationales Aufsehen sorgten werde, ich im Folgenden beleuchten.

4.1 Papua Neuguinea

Sandlines zweiter bekannt gewordener Auftrag, der ebenso wie deren Engagement in Sierra Leone mit einem politischen Skandal enden sollte, war die Unterstützung der Regierung, im besonderen des Premierministers Julius Chan, gegen Aufständische im Osten des Inselstaates auf der Insel Bougainville.

Der Konflikt um die etwa 8800 Quadratkilometer umfassende Insel hatte 1988 begonnen, als mehrere Clans der Minengebiete sich zur Bougainville Resistan-

⁵⁰ Spicer, T. (1999): An Unorthodox Soldier, Edinburgh, Mainstream Publishing Company, S. 18.

ce Army (BRA) zusammengeschlossen hatten und mit Sabotageaktionen gegen den Minenbetrieb begannen.

Die Forderungen der BRA drehten sich hauptsächlich um Entschädigungszahlungen für die durch den Abbau verursachten Umweltzerstörungen. Dies wurde jedoch sowohl von Seiten des Betreibers, der australischen Firma CRA (Conecinc Riotinto of Australia) als auch von Seiten der Zentralregierung abgelehnt.⁵¹ Fast ein Jahr nach den ersten Angriffen der BRA reagierte die Zentralregierung mit der Entsendung ihres Militärs (PNGDF) auf die stärker werdenden Sezessionsbestrebungen Bougainvilles.

Es kam zu einem blutigen, beinahe neun Jahre andauernden Bürgerkrieg dem tausende Menschen zum Opfer fielen.

Im Verlauf des Bürgerkrieges gelang es der BRA die PNGDF von der Insel zu vertreiben, was die Zentralregierung Papua Neuguineas wiederum mit einer totalen Seeblockade der Insel Bougainville beantwortete. In Folge der Blockade konnten keinerlei Lebensmittel oder Medikamente auf die Insel gebracht werden.

Die BRA, die nach dem Rückzug der PNGDF die Unabhängigkeit Bougainvilles proklamiert hatte, war ihrerseits nicht in der Lage ihre eigenen Verbände zu disziplinieren was Übergriffe auf die Zivilbevölkerung zur Folge hatte.

Im März des Jahres 1997 wurde Sandline von der Zentralregierung Papua Neuguineas engagiert.

Der Vertrag beinhaltete die Ausbildung der PNGDF, die Lieferung von Waffen, hauptsächlich AK-47 Gewehre und Granatwerfer, die Bereitstellung von Kampfhubschraubern, darunter 2 Mi-24 Hind und zwei Mi-17 Helikopter und nachrichtendienstliche Aufklärung zur Unterstützung der PNGDF Einsätze.⁵² Ziel war es, die BRA zu besiegen und den Zugang zur Panguna Kupfermine, eine der größten Kupferminen weltweit, wiederherzustellen.

Dies lag sowohl im Interesse der Zentralregierung als auch der Betreibergesellschaft der Mine „Rio Tinto Zinc“, da der Konflikt mit der BRA den Abbau Jahre lang behindert beziehungsweise zum Erliegen gebracht hatte.

⁵¹ http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/167_papuaneguinea.htm, am 18.02.2009

⁵² Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.), Mercenaries, London, Pluto Press, S. 178.

Die Umsetzung des Vertrages sollte in drei Stufen erfolgen.

In der ersten Woche begann ein Team von 16 Sandline Mitarbeitern mit dem Training der PNGDF Einheiten und dem Aufbau einer Logistik- und Kommunikationsinfrastruktur. Die Söldner Sandlines, bei denen es sich eigentlich um EO Personal handelte, da EO von Sandline als Subunternehmen engagiert wurde, bekamen Uniformen und Rangabzeichen der PNGDF und deren Soldaten wurden angehalten, den Befehlen der Söldner unbedingten Gehorsam zu leisten. Innerhalb der nächsten zehn Tage entsendete Sandline sein Personal für den Kampf gegen die BRA. Dieses Team umfasste sowohl Kommandosoldaten, wie auch Ingenieure, Ärzte und Sanitäter und Spezialisten aus dem nachrichtendienstlichen Bereich.⁵³

In der dritten Phase sollten dann die notwendigen Waffen, inklusive der Guns-hips geliefert werden, wozu es aber im weitesten Sinne nie kam.

Nach bekannt werden der Pläne der Regierung Söldner im Kampf gegen die Aufständischen auf Bougainville einzusetzen kam es zu großen Protesten der Bevölkerung. Zeitgleich wandte sich das Militär unter Führung von General Singirok gegen die Regierung und deren Pläne ausländische Söldner einzusetzen.

Im Folgenden überschlugen sich die Ereignisse. Kaum auf Papua Neuguinea angekommen, erfuhren die Söldner von ihrer geplanten Verhaftung durch die PNGDF. Vielen gelang die Flucht, doch einige, unter ihnen Lt. Col. Tim Spicer, Sandlines CEO, wurden unter Arrest gestellt.

Spicer und einige seiner mit ihm verhafteten Söldner wurden nach einigen Monaten aus der Haft entlassen. In einem langen Rechtsstreit mit der Regierung Papua Neuguineas konnte Sandline die Erfüllung des Vertrages, also die Zahlung der ausstehenden 18 Millionen US Dollar des insgesamt 36 Millionen Dollar umfassenden Vertrages erzwingen.

Eine Untersuchungskommission kam später zu der Erkenntnis, dass General Singirok Zahlungen von der Firma „J&S Franklin“, einem Konkurrenten Sandlines erhalten hatte, um eine Revolte des Militärs gegen den Sandline-Auftrag in Gang zu setzen.⁵⁴

⁵³ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A. & Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S.179.

⁵⁴ Vines, A. (2000): Mercenaries. Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S.179.

Hinzu kam aber wohl auch die Befürchtung, dass ein Einsatz hochqualifizierter ausländischer Söldner den langjährigen Konflikt nicht beenden, sondern letztlich nur um eine Konfliktpartei erweitern würde; mit ungewissem Ausgang für die Zivilbevölkerung und einem sicheren Verlust an Kontrolle der PNGDF über den Konflikt.

4.2 Arms for Africa – Die Rückkehr nach Sierra Leone

Kurz vor ihrem Abzug aus Sierra Leone prophezeite Executive Outcomes dem amtierenden Präsidenten Tejan Kabbah, dass es innerhalb der nächsten hundert Tage zu einem Staatsstreich kommen würde.⁵⁵

Kabbah verließ sich zum damaligen Zeitpunkt wohl lieber auf die ECOMOG Schutztruppe anstatt durch eine verlängerte Präsenz EO's in der Region den ohnehin brüchigen Frieden zu riskieren.

Am 95. Tag nach dem offiziellen Abzug EO's kam es zu dem vorausgesagten Staatsstreich.

Eine Gruppe von RSLMF Offizieren verbündeten sich mit der RUF und im Mai 1997 war das Land zu denselben Verhältnissen zurückgekehrt, die vor dem ersten Einsatz von Executive Outcomes geherrscht hatten.

Plünderungen, Vergewaltigungen und Verstümmelungen waren an der Tagesordnung und zehntausende Zivilisten verloren dabei ihr Leben.

Kabbah hatte die RSLMF drastisch reduziert und Budgetmittel gekürzt, wodurch kein funktionierender Militärapparat unter Kontrolle der Regierung übrig blieb um den Massakern und Plünderungen in den Städten Einhalt zu gebieten. Der östliche ländliche Teil Sierras stand immer noch zu großen Teilen unter der Kontrolle und dem Schutz der von EO ausgebildeten Kamajor. Diese waren jedoch nur eine lokale Miliz und besaßen weder die Fähigkeit noch das Interesse als nationale Armee im Dienste der Regierung zu kämpfen. Obwohl sie unter dem stellvertretenden Verteidigungsminister Norman gemeinsam mit anderen Milizverbänden zur „Civil Defence Force“ (CDF) zusammengefasst

⁵⁵ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S. 114.

wurden, waren sie keine nationale Armee wie die RSLMF Verbände, sondern immer noch regional verankert.⁵⁶

Den Gräueltaten der RUF-AFRC Koalition konnten auch die im Land stationierten ECOMOG Soldaten keinen Einhalt gebieten und zogen sich unter immer größeren Verlusten in ihre Stützpunkte zurück.

UN-Mitarbeiter suchten Schutz in den gut bewachten Anlagen, die unter dem Schutz der EO Spin-offs Lifeguard und Saracen standen.⁵⁷

Für die Zivilbevölkerung blieb nur die Flucht aus den Städten und die ständige Furcht um das eigene Leben.

Kabbah, der sich zu dieser Zeit bereits im Exil in Guinea befand, begann Mitte Juli des Jahres 1997 Verhandlungen mit Sandline über militärische Unterstützung zur Rückeroberung Sierra Leones zu führen.

Die Operation wurde von „Jupiter Mining“, einer Minengesellschaft die dem thailändischen Bankier Rakesh Saxena gehörte vorfinanziert.

Jupiter Mining wurden dafür im Gegenzug wie schon zuvor Branch-Heritage im Deal mit Executive Outcomes Abbaukonzessionen zugesichert.

Zu dem Vertrag zwischen Kabbah, Sandline und Jupiter Mining gehörte auch eine Waffenlieferung nach Sierra Leone, die der Bewaffnung der Söldner und der von ihnen auszubildenden Kamajor-Milizen dienen sollte.

Sandline informierte am 29. Jänner 1998 offiziell das britische „Foreign and Commonwealth Office“ über ihre Absicht, der gewählten Regierung Sierra Leones im Exil militärische und logistische Unterstützung zukommen zu lassen.⁵⁸

Zu diesem Zeitpunkt konnte von Seiten des FCO keinerlei Zweifel darüber geherrscht haben, dass Sandline beabsichtigte militärisch gegen die RUF-AFRC Allianz vorzugehen und die dafür notwendigen Waffen entgegen dem UN-Embargo über Sierra Leone, in das Land zu bringen.

Sandline importierte beinahe 35 Tonnen an AK-47 Gewehren, Munition und Granatwerfern. Die Waffen wurden von Bulgarien nach Kano, Nigeria verschifft und von dort aus von „Ibis Air“, der Luftlinie des EO-Netzwerkes nach Sierra Leone transportiert.⁵⁹

⁵⁶ Avant, D. (2008): *The market for force*, Cambridge, Cambridge University Press, S. 92.

⁵⁷ Singer, P.W. (2007): *Corporate warriors*, Ithaca, Cornell University Press, S. 115.

⁵⁸ Musah, A.F. (2000): *A Country under Siege*, in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.): *Mercenaries*, London, Pluto Press, S. 99.

⁵⁹ Musah, A.F. (2000): *A Country under Siege*, in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.): *Mercenaries*, London, Pluto Press, S. 99.

Am 18. Februar 1998 begann eine Streitmacht aus Sandline Söldnern, ECOMOG Truppen und Kamajor Milizen mit der Rückeroberung Freetowns. Die Gefechte waren bereits nach einem Tag vorüber und die Überlebenden RUF-AFRC Truppen flüchteten aus der Stadt.

Auch hier spielte die technische Überlegenheit der Söldner eine entscheidende Rolle, da sie die einzige Fraktion innerhalb dieses Konfliktes darstellten, die Kontrolle über den Luftraum ausübte.⁶⁰

Welchen Einfluss Sandline bei dieser Operation tatsächlich ausgeübt hatte, ist umstritten. Musah gibt die Stärke der Sandline Söldner mit zweihundert Mann an und meint, dass die Operation, wie schon ein vorheriger Versuch der ECOMOG Freetown zu erstürmen, ohne Sandline fehlgeschlagen wäre.⁶¹

Die Rolle Sandlines in dieser Operation, besonders was die Führung der Verbände und die Kampfkraft der eigenen Söldner angeht, ist jedoch keinesfalls so eindeutig wie bei den von EO geführten Operationen.

Saxena, der die Operation vorfinanziert hatte, wurde in Canada verhaftet und Sandline übernahm die weiteren Kosten für eine zweite Waffenlieferung, die allerdings von den nigerianischen ECOMOG Truppen am Lungu Airport beschlagnahmt wurde.

Diese Waffenlieferung sollte später als „Arms for Africa“ Skandal bekannt werden.

Sandline hatte die Waffen zwar unter Kenntnis des FCO aber entgegen einem UN-Embargo in das Land gebracht.

Dies rechtfertigte man damit, dass die Waffen der Wiedereinsetzung des vom Volk rechtmäßig gewählten Präsidenten und der Beendigung des blutigen Bürgerkrieges dienten und somit eine legitime Handlung zur Unterstützung eines legitimen Staatsoberhauptes darstellten.

⁶⁰ Musah, A.F. (2000): A Country under Siege, in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 99.

⁶¹ Musah, A.F. (2000): A Country under Siege, in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 99.

5 Staatszerfall und Gewalt

In den vorangegangenen Beispielen über den Einsatz privater militärischer Unternehmungen zeigte sich, dass der Zukauf militärischer Kapazitäten auf dem freien Markt einem Fehlen grundlegender Fähigkeiten des Staates vorausgeht.

Die grundlegenden Merkmale des Staates, also das Staatsgebiet, das Staatsvolk und die Staatsgewalt waren brüchig und verloren insgesamt ihre Kohärenz zueinander. Besonders in den afrikanischen Staaten Sierra Leone und Angola zeigte sich dies besonders deutlich an der regelrechten Spaltung des Staatsgebietes und der damit verbundenen Unfähigkeit des Staates Kontrolle über das gesamte Territorium und die Gesamtheit des Staatsvolkes auszuüben.

In Sierra Leone gelang es den marodierenden Truppen der RUF Teile des Landes, insbesondere der rohstoffreichen Regionen im Kono Distrikt, unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Die größeren Städte standen zwar immer noch unter Kontrolle der RSLMF, doch die größten Teile des Landes waren der Anarchie zwischen umherziehenden Verbänden der RSLMF und der RUF preisgegeben.

Der Staat blieb somit nach rein geographischen Gesichtspunkten erhalten, doch war sein Zerfall soweit fortgeschritten, dass das Gewaltmonopol aufgebrochen wurde und keine Fraktion mehr in der Lage war irgendeine Form effektiver Kontrolle durchzusetzen.

In Papua Neuguinea existierten staatliche Strukturen zwar noch und auch die Kontrolle über Territorium und Staatsvolk war grundsätzlich vorhanden, jedoch konnte die Zentralregierung diese Kontrolle nicht auf die Insel Bougainville ausdehnen.

In diesem Fall muss die Besonderheit eines Inselstaates berücksichtigt werden, die allein auf Grund der geographischen Gegebenheiten eine vollständige Kontrolle entlegener Teile des Staatsgebietes erschwert.

Doch auch der Einsatz der PMU Sandline auf Papua Neuguinea muß unter anderen Gesichtspunkten betrachtet werden als die Einsätze von Executive Outcomes in Afrika.

Die PNGDF wäre zum Zeitpunkt der Beauftragung Sandlines durchaus in der Lage gewesen einen militärischen Schlag gegen die Separatisten auf Bougainville zu vollführen und möglicherweise sogar mit Erfolg.

Dieser Militärschlag hätte allerdings mit hohen Verlusten auf beiden Seiten geendet und hätte letztlich wohl nicht mit einer vollständigen Wiedergewinnung der Kontrolle über die Panguna Mine durch die Regierungstruppen geendet. Die Mine war damals der Ausgangspunkt der Separationsbestrebungen gewesen und die dort ansässige Bevölkerung hatte seinerzeit mit den Sabotageaktionen gegen den Minenbetrieb begonnen.

Für die Regierung stellte die Panguna Mine auf der anderen Seite aber eine brach liegende Einnahmequelle dar, die binnen weniger Jahre den kostspieligen Einsatz der PMU finanziert und anschließend einen bedeutenden Gewinn für den Staatshaushalt dargestellt hätte.

Der Einsatz der PMU erfolgte also annähernd unter denselben Bedingungen, die in Angola und Sierra Leone geherrscht hatten, allerdings blieben die Elemente der fehlenden Kontrolle über Staatsvolk und Staatsgebiet auf einen endemischen Bereich begrenzt.

Der Unterschied zwischen Papua Neuguinea und den beiden afrikanischen Staaten offenbart sich erst, wenn man die Kriterien der Betrachtung um den Faktor der Notwendigkeit erweitert.

Sierra Leone ebenso wie Angola standen zum Zeitpunkt der Entsendung der Söldnerarmeen kurz vor dem totalen Kollaps jeglicher Staatsgewalt. Besonders deutlich zeigte sich dies in Sierra Leone, wo die Soldaten der RSLMF zu einem Haufen marodierender Banden degeneriert waren.⁶²

Frantz Fanon beschrieb in „die Verdammten dieser Erde“ die Gewalt als notwendigen Teil eines Transitionsprozesses, als notwendiges Übel zur Befreiung einer unterdrückten Gesellschaft und als Beginn der Findung einer neuen Identität.⁶³

Karl Marx setzte an den Beginn seiner sozialistischen, klassenlosen Weltgesellschaft die Revolution und die Jakobiner auf „la Terreur“, um ihre Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vor konterrevolutionären Kräften zu schützen.

In allen Fällen bedingte der Staatszerfall die Gewalt und diese förderte wiederum die fortschreitende Demontierung des bisherigen Apparates.

⁶² Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press, S.84.

⁶³ Fanon, F. (2005): Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt am Main, Suhrkamp, S. 35f.

„Jeder Staat wird auf Gewalt gegründet“, zitiert Weber Trockij und führt weiter an, dass die Gewalt das spezifische Mittel des Staates sei, dass Gewaltlosigkeit der Anarchie gleich käme.⁶⁴

Diese Vorstellung vom Gewaltmonopol des Staates erscheint untrennbar mit dem Begriff der Demokratie und dem politischen Apparat der Bürokratie verbunden zu sein.

Private militärische Unternehmer wie Wallenstein werden heute einer vergangenen Epoche zugerechnet ebenso wie die „Warlords“ untrennbar mit den gescheiterten Staaten der Peripherie verbunden werden.

Das Aufbrechen des Monopols des Staatsapparates auf die Ausübung von Gewalt bleibt somit auf diejenigen Staaten beschränkt, deren Apparat unvollständig oder fehlerhaft erscheint.

Die Natur privater militärischer Unternehmungen scheint hierbei ihre Wirkung aber in zweierlei Richtung zu entfalten.

Die erstere und damit vordergründige richtet ihre Wirkung auf die brüchigen Apparate der „failed states“, in denen sie ihren Dienst verrichten sollen.

Sie lenken und führen Kriege die der Staat selbst nicht mehr führen, geschweige denn beenden kann. Der Staat öffnet somit sein Monopol und teilt es mit einer privaten Unternehmung.

Dabei gibt er aber auch einen Teil der Kontrolle an die Unternehmung ab und verlässt sich wie jeder marktwirtschaftliche Akteur mit einem gewissen Grad an Unsicherheit auf die vertraglich geregelten Rechte und Pflichten der Unternehmung.

Die zweite und gleichsam auch verdeckte Wirkung betrifft die Ursprungsländer der Unternehmung.

Auch wenn der Gedanke, dass private militärische Unternehmungen in ihren Ursprungsländern aktiv werden könnten, zum jetzigen Zeitpunkt vollkommen absurd erscheint, darf doch dabei nicht vergessen werden, dass auch hier der Staat einen Teil seines Monopols zu Gunsten eines marktwirtschaftlichen Akteurs aufgibt.

Die durch die massive Aufrüstung während der Zeit des kalten Krieges hervorgerufene Monopolisierung der Kriegsführung in den Händen der Staaten, die

⁶⁴ Weber, M. (2006): Politik und Gesellschaft, Frankfurt am Main, Zweitausendeins, S. 566.

die enormen Kosten eines solchen Konfliktes auch tragen konnten, stärkte deren Position in Belangen der militärischen Sicherheit beinahe ins Absolute. Erst mit dem Zerfall der bipolaren Weltordnung sanken auch die Kosten der Kriegsführung, da nun nicht mehr von einem Krieg hoher Intensität ausgegangen werden musste, sondern sich das Kriegsgeschehen in vielen Konflikten niederer Intensität abspielte.

Diese Reduktion der Kosten öffnete das Feld des Krieges für viele Parteien. Das Kriegsgeschehen wurde zusehends asymmetrisch und von einer Vielzahl von Akteuren bestimmt.⁶⁵

Private militärische Unternehmungen sind ein Teil dieser Akteure, die sich auf Grund der geänderten Rahmenbedingungen Zugang zum Kriegsgeschehen verschaffen konnten.

5.1 *Wie beeinflusst privatisierte Gewalt das Monopol des Staates?*

Eines der grundlegendsten Merkmale privater militärischer Unternehmungen ist deren marktwirtschaftliche Orientierung. Während der Staat ein Monopol auf die Ausübung von Gewalt hält, aber damit gleichzeitig auch der grundlegende Produzent von Sicherheit ist, findet man private militärische Unternehmungen als eigenständige Akteure der freien Marktwirtschaft.

Warum sollte der Staat, solange er in seiner Funktion nicht beeinträchtigt ist, sein Monopol auf die Ausübung von Gewalt zu Gunsten eines marktwirtschaftlichen Akteurs aufgeben und warum sollte ein Staat, dessen Institutionen ihre Funktionsfähigkeit verloren haben und dessen Gewaltmonopol bereits aufgebrochen wurde, nicht von der Hilfe einer solchen Unternehmung profitieren können?

Die Privatisierung ehemals staatlicher Aufgaben erfolgt immer unter der Annahme, dass die Allokation von Ressourcen auf dem freien Markt schneller und effektiver erfolgen kann als unter der Planung durch staatliche Institutionen.

⁶⁵ Münkler, H. (2004): Die neuen Kriege, Reinbek, Rowohlt, S. 48f.

Damit ist es dem Staat möglich Aufgaben die nicht per se seiner Erhaltung oder seiner Funktionsfähigkeit dienen auszulagern und einer effizienteren und kostengünstigeren Steuerung durch den freien Markt zukommen zu lassen.

Im Falle der Privatisierung von Gewalt handelt es sich jedoch keineswegs um eine sekundäre Funktion des Staates.

Das Recht Gewalt auszuüben und die Pflicht Sicherheit zu gewährleisten ist ein Eckpfeiler jedes modernen Staates. Die Alternative dazu, der von Hobbes beschriebene „Naturzustand“, impliziert die zügellose Ausübung von Gewalt, einen Zusammenbruch der sozialen Ordnung, der einen Kampf Aller gegen Alle zur Folge hat.⁶⁶

„Wo Gewalt der Gewalt gegenübersteht, hat sich noch immer die Staatsgewalt als Sieger erwiesen. Aber diese an sich absolute Überlegenheit währt nur solange, als die Machtstruktur des Staates intakt ist, das heißt solange Befehle befolgt werden und Polizei und Armee bereit sind, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.“⁶⁷

Die Funktionalität des Gewaltmonopols beruht einerseits auf der Fähigkeit des Staates Kontrolle darüber auszuüben und auf der anderen Seite auf dem Willen Aller, dem Staat diese Kontrolle zuzugestehen.

Der Staat übernimmt die Kontrolle der Gewalt in Form der Legislative und der Exekutive. Das Monopol des Staates auf die Ausübung von Gewalt wird somit von zwei Institutionen getragen, doch nur die Exekutive ist direkt mit der Anwendung dieses Monopols befasst.

Die Privatisierung von Gewalt betrifft damit primär die Organe der Exekutive, die nun einen Teil ihrer Aufgaben an private, marktwirtschaftlich orientierte Akteure abgeben müssen. Folgt man Arendts Unterscheidung der Begriffe Macht und Gewalt, so ist die Anwendung von Gewalt nur in Verbindung mit Macht wirklich effizient. Macht wiederum bedingt Zustimmung, die von Gewalt allein niemals erschaffen werden kann.⁶⁸

Die Beurteilung der Legitimierung des Rechts auf Gewaltausübung durch private Unternehmungen erweist sich dabei als äußerst schwierig.

⁶⁶ Hobbes T. (1986): Leviathan, Stuttgart, Reclam, S. 115.

⁶⁷ Arendt, H. (2008): Macht und Gewalt, München, Piper, S. 49.

⁶⁸ Arendt, H. (2008): Macht und Gewalt, München, Piper, S. 45.

Sie können sich nicht wie Staaten auf ihre Macht verlassen. Anders als die Warlords sind sie aber auch nicht auf die ständige Ausübung von Gewalt angewiesen um ihre Stellung zu behaupten.

Private militärische Unternehmungen beziehen ihre Legitimation eher aus den Gesetzen der Marktwirtschaft als aus einer demokratischen Zustimmung zu ihrer Tätigkeit. Sie werden bemessen nach Kriterien der Effizienz oder des Preises ihrer Leistung und stehen in ständigem Wettbewerb miteinander.

Staaten hingegen müssen ihre Leistungen auf Basis der ihnen verliehenen Macht auch nach sozialen Kriterien bewerten, die oft nicht marktrational sind. Bewertet man die Tätigkeit privater militärischer Unternehmungen mit einem Auge auf die Gesetze des Marktes so ist es hilfreich die Transaktionskostentheorie heranzuziehen. Diese besagt, dass jedwedes Handeln in einer marktwirtschaftlichen Umgebung mit Kosten verbunden ist.

Dieses Handeln, also die Transaktion von Verfügungsrechten über Güter oder Dienstleistungen bedingt Kosten, die ex-ante oder ex-post anfallen können. Kosten, die ex-ante anfallen, sind all jene, die mit der Erstellung des Vertrages der Transaktion zusammenhängen, also Kosten der Information wie zum Beispiel die Suche nach dem effizientesten Anbieter.

Kosten ex-post werden bedingt durch die Durchsetzung und Überwachung von Verträgen.

Die Transaktionskostentheorie geht von zwei Grundannahmen aus:

*Der **begrenzten Rationalität** der Akteure
und deren **Opportunismus***⁶⁹

Staaten, die eine private Unternehmung mit der Durchführung militärischer Operationen beauftragen, sehen sich folglich mit einer Reihe verdeckter Kosten konfrontiert. Die Kosten ex-ante werde ich hierbei vernachlässigen, da sie wirklich nur im rein ökonomischen Sinne relevant sind und nichts zum Verständnis der wahren Natur der Kosten des Outsourcings von Gewalt beitragen können. Kosten die ex-post verursacht werden, stehen in direktem Zusammenhang mit den Grundannahmen der Transaktionskostentheorie.

⁶⁹ Williamson, O.E. (1985): The Economic Institutions of Capitalism, Macmillan, S. 45f.

Akteure des freien Marktes sind demnach grundsätzlich opportunistisch, also ausnahmslos daran interessiert effizient zu produzieren und zu verkaufen. Die zweite Grundannahme, die für das Verhältnis zwischen Staat und Unternehmung im Hinblick auf die Teilung des Rechts auf Ausübung von Gewalt besonders wichtig ist, ist die begrenzte Rationalität der Akteure. Das bedeutet, dass kein Akteur einen vollständigen Überblick über den Markt besitzt und folglich nur zu einem begrenzt rationalen Handeln fähig ist. In weiterer Folge bedeutet dies aber, dass die Kosten einer Transaktion ex-post umso höher werden, je spezifischer die Transaktion ist. Die Kosten ex-post, also die Kosten, die mit der Kontrolle eines Vertrages anfallen, werden bei einem Staat von dessen Institutionen getragen.

„Strong states have mechanisms to extract revenue in a central tax system, an established system of contracting, and a variety of mechanisms to inhibit rent seeking by either the state or private agents.“⁷⁰

Für starke Staaten stellt sich also die Aufgabe ihre Institutionen soweit zu adaptieren, dass sie auch in der Lage sind, die Durchsetzung eines Vertrages mit einem privatwirtschaftlichen Akteur zu überwachen.

Obwohl die westlichen Staaten seit Beginn der 1980er Jahre bereits zahlreiche Erfahrungen mit der Ausgliederung ehemals staatlicher Aufgaben sammeln konnten, stellen private militärische Unternehmungen eine besondere Herausforderung an den Staat dar.

Die in dieser Arbeit behandelten Unternehmungen Executive Outcomes und Sandline International entwickelten sich beide aus den militärischen Strukturen starker Staaten heraus und offerierten ihre Dienste an fremde Regierungen. Solch eine Dienstleistung ist eine grundsätzliche Aufgabe des Staates, die im Zuge der „Foreign Military Assistance“ (FMA), also dem militärischen Beistand ausgeführt wird.

Für den Staat und seine Strukturen gestaltet sich der Umgang mit privatwirtschaftlichen Akteuren, die ihre militärischen Dienste in anderen Staaten bereitstellen, äußerst schwierig.

⁷⁰ Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press, S. 58.

Die von PMU's durchgeführten Operationen fanden allesamt weit ab von den Heimatländern der Unternehmungen statt. Allein diese räumliche Trennung vom Ort der Vertragserfüllung zu den Institutionen der Heimatstaaten macht eine Kontrolle der Tätigkeit beinahe unmöglich. Dazu kommt noch, dass private militärische Unternehmungen grundsätzlich in Kriegsgebieten beziehungsweise in Konfliktzonen operieren was eine Überwachung deren Tätigkeit noch um ein Vielfaches erschwert.

Doch kehren wir vorerst einmal zu Verhältnis zwischen Staat und PMU zurück. Ein Staat, der sich entschließt die Bildung einer privaten militärischen Unternehmung auf seinem Hoheitsgebiet zuzulassen, entschließt sich gleichzeitig auch, einen Teil seines Monopols aufzugeben.

Der militärische Beistand ist oftmals mit politischen Risiken verbunden da nicht jedes Interesse der Politik gleichzusetzen ist mit dem Interesse der Wählerschaft und somit die politischen Risiken einer Unterstützung in keinerlei Verhältnis zu deren Nutzen stehen, besonders wenn es sich um grundsätzlich humane Akte handelt, wie etwa die Beendigung eines Bürgerkrieges.

Die Erfahrung der letzten 25 Jahre lehrt uns, dass humanitäre Einsätze mit enormen Kosten und für die Politik mit teilweise untragbaren Risiken verbunden sind.

„However, the dramatic post-Cold War reduction in the number in the numbers of military personnel coinciding with increasing deployments of military forces, especially in the context of international peace operations has driven governments to outsource and privatize tasks that were traditionally performed by soldiers.“⁷¹

Selbst wenn die politischen Risiken einer FMA nicht so hoch wären, hätten die meisten westlichen Staaten heute kaum noch das militärische Potential diese Einsätze in der von ihnen erwarteten Effizienz durchzuführen.

Die Verkleinerungen der militärischen Apparate nach dem Ende des kalten Krieges sollten eigentlich eine Anpassung an die veränderte Bedrohungslage darstellen, erzeugten aber gleichzeitig ein neues Szenario mit einem eigenen Bedarf und eigenen Risiken.

⁷¹ Schaller, C. (2007): Private Security and Military Companies under the International Law of Armed Conflict, in: Jäger, T./Kümmel, G. (Hrsg.): Private military and security companies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 347.

Die Vielzahl an neuen „low intensity conflicts“ ist ein Resultat dieser Verkleinerungen und des Rückzugs der ehemaligen Supermächte aus ihren jeweiligen Einflussphären. Die bloße Existenz dieser Konflikte bedingt aber wiederum einen erhöhten Bedarf an militärischem Personal, den die verkleinerten militärischen Apparate nicht mehr so ohne weiteres bedienen können.

Um diesem selbst geschaffenen Engpass an erfahrenem Personal für militärische Einsätze zu entkommen sahen sich viele westliche Staaten in den Jahren zwischen 1990 und 2000 gezwungen einen Teil ihres Sicherheitsmonopols abzugeben und Aufgaben an private Akteure zu übertragen.

Damit gab der Staat aber auch einen Teil der Kontrolle auf, da private Akteure nicht demselben hierarchischen Netz der Kontrolle unterstehen wie Soldaten und wie bereits erwähnt, grundsätzlich opportunistisch agieren.

Avant schlägt hierzu vor, die Art der Kontrolle in drei Dimensionen zu unterteilen in **funktionale**, **politische** und **soziale Kontrolle**.⁷²

Behält der Staat ein hohes Maß an funktionaler Kontrolle aufrecht so läuft er Gefahr Einbußen an politischer und sozialer Kontrolle zu erleiden. Wenn demnach eine private militärische Unternehmung zu eng an die Politik gebunden wird, ist es wahrscheinlich, dass diese Beeinflussung auch auf umgekehrtem Weg, etwa in Form von Lobbyismus stattfindet.

Setzt man hingegen auf eine starke politische Kontrolle, so ist es wahrscheinlich, dass die funktionale Kontrolle dadurch schwindet, da diese Form der Kontrolle nur äußere Maßstäbe setzt ohne wirklich in die endogenen Strukturen einer Unternehmung einzugreifen.

Unter sozialer Kontrolle kann das gesellschaftliche Umfeld der Unternehmung verstanden werden, das eine normierende Wirkung auf die Ziele und Mittel der Unternehmung entfaltet.

Die Politik des Staates hinsichtlich der Regulierung einer PMU kann also folgende Gestalten annehmen:

non-interventionistisch

Funktionale und politische Kontrolle sind schwach, der Staat verlässt sich hauptsächlich auf die soziale Kontrolle.

⁷² Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press, S. 7.

regulativ

Politische Kontrolle ist stark ausgeprägt, es wird ein allgemeines Set von Regulationsmechanismen vorgegeben. Soziale Kontrolle ist immer noch ein bestimmender Faktor, funktionale Kontrolle ist äußerst schwach.

interventionistisch

Funktionale Kontrolle ist das bestimmende Element, politische und soziale Kontrolle sind schwach ausgeprägt.

Gleich welchen dieser drei Regulationstypen ein Staat im Umgang mit privaten militärischen Unternehmungen wählt, er erleidet immer Einbußen in einer der drei Dimensionen der Kontrolle.

Eine non-interventionistische Regulierung wird ein grundlegend opportunistisches Verhalten der privaten Akteure zur Folge haben. Nimmt der Staat keinerlei Einfluss auf die Geschicke des Unternehmens wird dieses eher geneigt sein abseits der „good practice“ nach neuen, lukrativeren Möglichkeiten der Erweiterung des Geschäftsfeldes zu suchen. Angesichts der Natur ihrer Dienstleistungen, besteht dabei aber die Gefahr, dass diese neuen Geschäftsfelder weder im Interesse des Staates sind noch in irgendeiner Form mit den sozialen Normen der Gesellschaft korrelieren.

Entschließt sich der Staat hingegen regulativ vorzugehen, findet er sich in einem Mittelweg zwischen funktionaler, politischer und sozialer Kontrolle wieder. Die Vorgabe bestimmter Regulationsmechanismen kann zwar das Umfeld der PMU beeinflussen, ist aber wenig geeignet eine tatsächliche Kontrolle ex-post zu durchzuführen.⁷³

Die Methode der interventionistischen Regulierung, die durch ein hohes Maß an funktionaler Kontrolle geprägt ist, scheint auf den ersten Blick am ehesten geeignet das Verhältnis zwischen Staat und PMU zu bestimmen.

Durch den direkten Eingriff des Staates in die Führung der Organisation und die dadurch entstehenden personellen Interdependenzen besteht allerdings nicht nur die Gefahr einer rückwirkenden Beeinflussung der Politik, sondern auch die Möglichkeit einer drastischen Erhöhung der Kosten ex-post. In einem

⁷³ Dies ist besonders am Beispiel Südafrikas zu sehen wo die politische Regulierung der Aktivitäten südafrikanischer Söldner insgesamt keinen Rückgang deren Tätigkeit auf dem afrikanischen Kontinent zur Folge hatte sondern nur deren Abwanderung in Länder mit non-interventionistischer Politik führte.

interventionistischen Umfeld fiele dem Staat die Aufgabe zu die Handlungen der PMU zu überwachen. Dafür müsste der Staat jedoch erst einmal die notwendigen Institutionen schaffen, was, selbst wenn ein Staat bereit wäre diesen Schritt zu gehen, am Ende doch mit einer Explosion der Kosten dieser Überwachung verbunden wäre, da die Einsatzgebiete der PMU's nun einmal keine Kontrolle im klassischen Sinne erlauben.

5.2 Regulierung von PMU's in schwachen Staaten

Meine bisherige Betrachtung richtete sich auf das Verhältnis zwischen starken Staaten und privaten militärischen Unternehmungen. In diesem Abschnitt werde ich versuchen das Verhältnis zu schwachen Staaten zu beleuchten.

Unter einem schwachen Staat sei in diesem Kontext ein Staat verstanden, der nicht mehr in der Lage ist eine grundlegende Kontrolle über Polizei und Militär auszuüben, die Mitglieder seiner Gesellschaft zu beeinflussen und komplexe, funktionierende Organisationen zu erschaffen.⁷⁴

Wie bereits aufgezeigt, lässt sich die Form der Kontrolle, die ein Staat über eine private Unternehmung ausüben kann, in drei Dimensionen unterteilen. Die daraus folgende Art der Regulierung lässt sich wiederum in drei Kategorien einordnen.

Für einen starken Staat bedeutet der Umgang mit einer privaten militärischen Unternehmung immer einen „trade off“ einzugehen, also einen Teil seines Monopols aufzugeben und diesen an einen privatwirtschaftlichen Akteur zu übergeben. Damit gibt der Staat gleichzeitig auch ein Maß an Kontrolle ab.

Während der militärische Apparat eines starken Staates durch verschiedenste funktionale, politische und soziale Kontrollinstrumente in die Struktur des Staates integriert ist, müssen für private Akteure erst entsprechende Mechanismen zur Regulierung geschaffen werden.

Starke Staaten verlieren somit im Umgang mit privaten militärischen Unternehmungen einen Teil ihrer Kontrollmöglichkeit. Selbst wenn ein Staat diese

⁷⁴ Migdal, J. (1988): *Strong Societies and Weak States*, Princeton, Princeton University Press, S. 18f.

Regulierung stark interventionistisch betreibt und die Unternehmung funktional kontrolliert, verliert er dadurch an anderen Teilen seiner Kontrollmöglichkeiten. Schwache Staaten besitzen diese ausgeprägte Form der Kontrolle aber nicht. Sie sind geprägt von schwachen und oftmals nicht funktionierenden Institutionen und geringer Kontrolle über ihren Polizei- und Militärapparat. Die Zustimmung der Gesellschaft zu diesen Staaten ist ebenfalls gering und die Politik solcher Staaten ist oftmals beherrscht von einer regelrechten Kleptokratie.

All jene Gründe, die einem starken Staat im Umgang mit einer privaten militärischen Unternehmung Zugeständnisse und Reduktionen der Kontrollmöglichkeiten abverlangen, scheinen in einem schwachen Staat auf den ersten Blick ein Garant für Sicherheit und eine distinkte Form der Kontrolle zu sein. Das an die Prinzipien des Marktes gebundene Verhalten privatwirtschaftlicher Akteure und deren grundlegender Opportunismus kreieren in einem Staat, dessen Organisationsstrukturen schwach ausgeprägt sind, ein Maß an Sicherheit. Diese Sicherheit, bedingt durch den Vertrag auf der einen Seite und die ökonomischen Motive auf der anderen Seite, wird noch verstärkt durch die soziale Kontrolle, der solch eine Unternehmung in ihrem Ursprungsland ausgesetzt ist. Verträge werden grundsätzlich eingehalten und sind an irgendeiner Stelle stets einklagbar. Die Unternehmung selbst verdient an ihrer Reputation, die durch immer neue Vertragstreue und Effizienz genährt werden muss.

Eine private militärische Unternehmung ist stets in ein funktionierendes Geflecht von marktwirtschaftlichen Mechanismen integriert, was sie letztlich auch von den Söldnertruppen der 1960er und 1970er Jahre unterscheidet.

Diese lose zusammen gewürfelten Truppen unter der Führung einiger weniger schillernder Persönlichkeiten wie Bob Denard oder Costas Georgiou waren kaum länger bereit zu kämpfen als ihr Sold reichte und verließen das Schlachtfeld oft auch vorzeitig wenn es ihnen gerade angebracht erschien.

Bestes Beispiel aus jüngerer Zeit hierfür ist die Gruppe von serbischen Söldnern unter dem Kommando eines Offiziers namens „Dominic Yugo“ die Mobutu für seinen verzweifelten Kampf gegen die Rebellen engagiert hatte. Yugos Truppe machte sich dabei aber hauptsächlich an brutaler Folter und anderen

Menschenrechtsvergehen verantwortlich denn an wirklichen Erfolgen in der Schlacht und flüchtete, als die Rebellen zu weit vorgerückt waren.⁷⁵

Eine PMU hingegen arbeitet nach den denselben Prinzipien wie jede andere Unternehmung des freien Marktes.

Ein schwacher Staat, der naturgemäß wenig bis keine Möglichkeit entlang der von Avant beschriebenen drei Dimensionen der Kontrolle hat, kann somit aus den selben Gründen von den Diensten einer privaten militärischen Unternehmung profitieren aus denen ein starker Staat Einbußen in der Kontrolle in Kauf nehmen muss.

Dies bewahrheitet sich zumindest so lange, als man die Leistungen und Auswirkung eines solchen Arrangements nur im militärischen Kontext betrachtet. Hier ist eine PMU durchaus in der Lage die funktionale und politische Kontrolle durch Training und effektive Führung zu verbessern und längerfristig dadurch auch die soziale Kontrolle erhöhen. Eine Armee, die von Disziplinlosigkeit geprägt ist, neigt eher dazu Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zu begehen als eine, deren Führung straff und gut organisiert ist und die Wichtigkeit einer guten Beziehung zur Zivilbevölkerung zur Steigerung der eigenen Effizienz erkannt hat.

Außerhalb dieser strikt militärischen Perspektive scheint die Anwesenheit einer privaten militärischen Unternehmung allerdings weit weniger Einfluss zu haben. Betrachtet man zuerst einmal das Verhältnis zwischen den Institutionen des Staates, so zeigt sich, dass sie sich in einem Wechselspiel miteinander befinden und auf deren gegenseitiges Funktionieren angewiesen sind. Obwohl das Militär in schwachen Staaten oft als grundlegendster Garant einer schwachen Sicherheit mangels eines funktionierenden Polizeiapparates gesehen wird, ist es dennoch nicht die einzige Institution eines Staates, die Sicherheit kreiert. Sicherheit wird in vielen Formen durch einen Staat geliefert. Hier gibt es einerseits einmal die ökonomische Sicherheit. Sie wird durch eine funktionierende Wirtschaft des Landes und die effiziente Verwaltung der Steuereinnahmen generiert.

Auf der anderen Seite gibt es die soziale Sicherheit. Sie entsteht durch ein Zusammenwirken zwischen ökonomischer und funktionaler Sicherheit, also der Sicherheit, die durch den Polizei- beziehungsweise Militärapparat des Staates

⁷⁵ Pech, K. (2000): The Hand of War. Mercenaries in the Former Zaire 1996-97, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 138.

geschaffen wird. Soziale Sicherheit bedeutet die Absicherung der eigenen Lebensverhältnisse über die Zeit hinweg. Diese Sicherheit kann durch freie medizinische Grundversorgung, freie Schulbildung oder ein Rentenversicherungssystem abgebildet werden. In diesem Zusammenhang erscheint die Arbeit einer privaten militärischen Unternehmung nur mehr als ein Teilbereich in einer komplizierten Netzwerkstruktur deren Elemente sich gegenseitig bedingen um am Ende die höchstentwickelte Form der Sicherheit in Form der sozialen Sicherheit erschaffen zu können.

Steht der Institution, die funktionale Sicherheit kreiert, also kein ökonomisches Pendant gegenüber, kann in diesem System kein Maß an sozialer Sicherheit erreicht werden.

In dem Verhältnis zwischen privaten militärischen Unternehmungen und schwachen Staaten stellt sich damit die Frage, ob die funktionale Sicherheit auf die ökonomische Sicherheit rückwirken kann. Solch ein Prozess der wechselseitigen Beeinflussung ist natürlich gegeben, doch ist es insgesamt eher unwahrscheinlich, dass die Beeinflussung so groß wäre, dass aus ihr eine Dominanz eines der beiden Teilbereiche über den anderen abzuleiten ist.

“Political cronyism and the corruption of police and military forces are often linked with and reinforced by economic structures of exploitation and elite domination, featuring an inequitable distribution of resources.”⁷⁶

Das Wirkungsspektrum des Einsatzes einer privaten militärischen Unternehmung in einem schwachen Staat bleibt also auf die Entfaltung von funktionaler Sicherheit beschränkt.

Die Kosten für die Überwachung des Vertrages, also die Kosten ex-post fallen in schwachen Staaten insgesamt zu einem viel geringeren Teil an als in einem starken Staat. Der Einsatz erfolgt innerhalb des Staatsgebietes und die militärischen Erfolge sind zumindest am Rückzug des Gegners sehr schnell zu bemessen. Sieht man jedoch einmal von dieser prototypischen Form einer privaten militärischen Unternehmung ab und überprüft tatsächliche Unternehmungen wie Sandline und Executive Outcomes auf ihre Auswirkungen auf die Staa-

⁷⁶ Holmqvist, Caroline (2005): Private Security Companies, In SIPRI Policy Paper No. 9 (SIPRI), Stockholm, S. 12.

ten in denen sie eingesetzt wurden, so ergibt sich ein viel breiteres Wirkungsspektrum als man es in der bloßen Betrachtung der Reinform erwarten könnte. Die Einbindung der Unternehmungen in ein breiteres Geflecht von Sicherheitsunternehmen und der Mineralienindustrie führte in der Realität zu schwerwiegenden Eingriffen in die Ökonomien der Staaten.

Durch die Absicherung der Verträge, in Form von Abbaukonzessionen an die mit den PMU's assoziierten Förderunternehmen, gerieten die finanzschwachen Staaten in immer größere finanzielle Schwierigkeiten.

Die Staaten übergaben somit nicht nur die funktionale Sicherheit in die Hände einer privaten Unternehmung sondern überließen ihr auch einen Großteil ihrer Einnahmen aus den natürlichen Bodenschätzen, der bedeutendsten Einnahmequelle der Länder.

Gleichzeitig blieben Teile der Söldnerarmeen im Land zurück und dienten den zurückbleibenden Subunternehmen als Personal für Wach- und Sicherungsaufgaben. Damit verblieb aber auch weiterhin eine Kraft im Land, die die ökonomischen Interessen der Mineraliengesellschaften sichern konnte.

*“Indeed, the hidden cost of corporate intervention in current
Civil wars in Africa, is sovereignty.”⁷⁷*

Der Preis, den ein schwacher Staat für den Einsatz einer privaten militärischen Unternehmung zahlen muss, kann damit durchaus höher ausfallen als es vordergründig erscheint. Durch die Abgabe der Kontrolle über einen Teil der natürlichen Ressourcen, standen dem Staat auch weniger Mittel der ökonomischen Umverteilung zur Verfügung, wodurch sich die sozialen Spannungen noch vergrößerten. Der Staat konnte nicht mehr als Garant einer schwachen ökonomischen Sicherheit auftreten und verlor damit weiter an politischer und sozialer Kontrolle.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass der Einsatz von privaten militärischen Unternehmungen in schwachen Staaten mit größter Sorgfalt bewertet werden muss. PMU's sind durchaus in der Lage sehr effizient funktionale Sicherheit durch einen raschen Sieg über den Gegner zu kreieren und können sogar die soziale Kontrolle über die Armee des jeweiligen Staates verbes-

⁷⁷ Musah, A.F. (2000): A Country under Siege, in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 92.

sern. Da diese Staaten jedoch über kein funktionierendes Steuersystem verfügen, sind die Kosten eines solchen Einsatzes weit über den Mitteln dieser Staaten gelegen. Die daraus resultierende Finanzierung der Operationen über Abbaukonzessionen greift tief in die volkswirtschaftlichen Verhältnisse ein. Das Geld, das der Staat in Friedenszeiten also in den Wiederaufbau seiner Infrastruktur verwenden sollte, muss er in die Sicherheit investieren, um diesen Frieden überhaupt erhalten zu können.

6 Söldner im (inter)nationalen Recht

Ein großes Problem privater militärischer Unternehmungen ist deren unklare Rechtslage. Aus gutem Grund distanzieren sie sich selbst vom Begriff des Söldners, erfüllen aber auf der anderen Seite weder die Kriterien eines Zivilisten noch eines Soldaten auf dem Schlachtfeld.

Dass Angehörige privater Sicherheitsunternehmen nicht auf den Status eines Kriegsgefangenen hoffen dürfen, zeigen Beispiele wie das des ermordeten GSG Kommandanten Bob McKenzie in Sierra Leone.

Die Genfer Konvention definiert in Artikel 47 des ersten Zusatzprotokolls Söldner wie folgt:

„1. Ein Söldner hat keinen Anspruch auf den Status eines Kombattanten oder eines Kriegsgefangenen.

2. Als Söldner gilt:

a) wer im Inland oder Ausland zu dem besonderen Zweck angeworben ist, in einem bewaffneten Konflikt zu kämpfen,

b) wer tatsächlich unmittelbar an Feindseligkeiten teilnimmt,

c) wer an Feindseligkeiten vor allem aus Streben nach persönlichem Gewinn teilnimmt und wer von oder im Namen einer am Konflikt beteiligten Partei tatsächlich die Zusage einer materiellen Vergütung erhalten hat, die wesentlich höher ist als die den Kombattanten der Streitkräfte dieser Partei in vergleichbarem Rang und mit ähnlichen Aufgaben zugesagte oder gezahlte Vergütung,

d) wer weder Staatsangehöriger einer am Konflikt beteiligten Partei ist noch in einem von einer am Konflikt beteiligten Partei kontrollierten Gebiet ansässig ist,

e) wer nicht Angehöriger der Streitkräfte einer am Konflikt beteiligten Partei ist und

f) wer nicht von einem nicht am Konflikt beteiligten Staat in amtlichem Auftrag als Angehöriger seiner Streitkräfte entsandt worden ist.⁷⁸

Diese Definition des Söldnertums klassifiziert Söldner als Zivilisten, die un gerechtfertigt an einem Krieg teilnehmen. Dadurch können Söldner bei Gefangennahme nicht damit rechnen als Kombattanten betrachtet zu werden.

In vielen Staaten hat der Beruf des Söldners mitunter auch strafrechtliche Konsequenzen. In Österreich oder den USA etwa drohen der Entzug der Staatsbürgerschaft und in der Schweiz langjährige Haftstrafen.

Obwohl die Mitarbeiter einer privaten militärischen Unternehmung Söldnerdienste im klassischen Sinne erbringen, ist ihr Status oft weit weniger klar. In vielen Fällen werden die Söldner für die Dauer ihres Vertrages mit Uniformen und Rängen der jeweiligen nationalen Armee ausgestattet und sind somit Angehörige der Streitkräfte einer am Konflikt beteiligten Partei.

Executive Outcomes ebenso wie Sandline International waren in ihren Einsätzen in Afrika ausnahmslos für demokratisch legitimierte Regierungen tätig. Der „Arms for Africa“ Skandal, den eine Lieferung von Waffen durch Sandline International entgegen einem UN-Embargo ausgelöst hatte, warf die Frage auf, ob eine demokratisch gewählte Regierung im Exil nicht das Recht hat Waffen zu erwerben und das notwendige Personal anzuwerben, um diese Waffen auch einzusetzen mit dem Ziel, der Regierung wieder zur Macht zu verhelfen.

Eine weitere Unklarheit, ergibt sich beim Status der zahlreichen Zivilisten im Dienst militärischer Sicherheits- oder Versorgungsunternehmen.

Die Tätigkeiten dieser Unternehmen erstrecken sich vom Aufbau militärischer Einrichtung bis hin zur Logistik oder deren Bewachung.

Besonders Firmen wie Blackwater und DynCorp liegen mit ihren Tätigkeiten oftmals in Grauzonen. Blackwater sorgte nicht nur wegen der Disziplinlosigkeit ihrer Mitarbeiter für Aufsehen, sondern auch durch deren Verwicklung in heftige Gefechte mit Aufständischen in Najaf. Die Blackwater-Mitarbeiter, die eigentlich nur für die Bewachung wichtiger militärischer und ziviler Einrichtungen ange-

⁷⁸ http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_518_521/a47.html, am 05.04.2009

heuert wurden, fanden sich auf einmal inmitten eines Kriegsschauplatzes wieder.

DynCorp, ein Unternehmen, das hauptsächlich im Bereich der militärischen Logistik und Versorgung tätig ist, führte in Südamerika Einsätze gegen Anbauflächen der Kartelle durch, wobei ebenso auch Luftschläge gegen Verteidigungsstellungen durchgeführt wurden.⁷⁹

An diesen Beispielen zeigt sich, wie vielfältig die Probleme bei der Klassifizierung eines Söldners sein können und wie rasch aus einem Zivilisten ein Söldner in einem Kampfeinsatz wird. Welchen Status haben also nun die Mitarbeiter solcher Unternehmen? Müssen sie als Söldner gesehen werden oder sind sie tatsächlich Teil der regulären Kampfverbände?

Sind private militärische Unternehmungen an internationales Recht gebunden oder bewegen sie sich mit ihren Diensten in einem rechtsfreien Raum, der nur von Elementen marktwirtschaftlicher Rationalität auf der einen Seite und schwacher sozialer Kontrolle auf der anderen Seite begrenzt wird?

6.1 OAU Convention for the Elimination of Mercenarism

Der zweite Versuch einer Definition des Söldnerwesens erfolgte 1977 durch die Organization of African Unity (OAU). Die „Convention for the Elimination of Mercenarism“ (CEMA) oder auch besser bekannt als die „OAU Convention“ trat am 22. April 1985 in Kraft und wurde bis zum Jahr 2005 von 26 afrikanischen Staaten ratifiziert.⁸⁰

Die OAU Konvention ist in großen Teilen mit dem Artikel 47(2) AP1 der Genfer Konvention identisch. In lit. C wurde der Vergleich der Vergütung zu regulären Soldaten gestrichen und sie wurde um einen zusätzlichen Punkt ergänzt der wie folgt lautet:

“2. The crime of mercenarism is committed by the individual, group or association,

⁷⁹ Avant, D. (2008): The market for force. Cambridge: Cambridge University Press, S. 19.

⁸⁰ Drews, I. (2007): Private Military Companies: The new Mercenaries. In Jäger, T. & Kümmel, G. (Hrsg.), Private military and security companies. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 333.

representative of a State and the State itself who with the aim of opposing by armed violence a process of self-determination stability or the territorial integrity of another State, that practises any of the following acts:

- a) Shelters, organises, finances, assists, equips, trains, promotes, supports or in any manner employs bands of mercenaries;
- b) Enlists, enrolls or tries to enrol in the said bands;
- c) Allows the activities mentioned in paragraph (a) to be carried out in any territory under its jurisdiction or in any place under its control or affords facilities for transit, transport or other operations of the above mentioned forces.⁸¹

Mitte der 1970er Jahre spielten Söldner in Afrika eine große Rolle. Viele afrikanische Machthaber verließen sich lieber auf die Dienste ausländischer Söldner als auf die der eigenen Armee, da die Motivation der Söldner an einem Konflikt teilzunehmen sich ausschließlich auf den Anreiz des Geldes beschränkte und durchwegs unpolitisch war.

Sonderfälle wie der des französischen Söldnerführers Bob Denard, der auf den Komoren an mehreren Putschversuchen beteiligt war und eine Zeit lang sogar als mächtigster Mann auf dem Inselstaat galt, zeigen wie leicht ein Staat die Kontrolle über Söldner verlieren kann, wenn diese neue Möglichkeiten der finanziellen Bereicherung für sich entdecken.

Denard konnte letztlich nur von einem Expeditions-Korps der französischen Armee gestürzt und verhaftet werden.

Durch die wortwörtliche Übernahme vieler Passagen aus der Genfer Konvention in der CEMA blieben auch viele der darin vorhandenen Unklarheiten erhalten. So ist auch hier immer noch unklar, wie die *unmittelbare Teilnahme an Feindseligkeiten* auszulegen ist.

⁸¹ OAU Convention for the Elimination of Mercenarism

Dies kann sowohl die Teilnahme eines Söldners an Kampfhandlungen umfassen ebenso wie technisches Personal, das für die Bedienung einzelner Waffensysteme rekrutiert wurde.

Ohne ein klares Eingeständnis des Staates, in dessen Auftrag die Söldner ihren Dienst versehen oder die tatsächliche Gefangennahme eines Söldners während eines Kampfeinsatzes, ist es nicht möglich die Teilnahme an unmittelbaren Feindseligkeiten ausreichend zu belegen.

Eine Ergänzung fand die CEMA im Vergleich zur Genfer Konvention in Artikel 1(2). Die hier vorhandenen Punkte richten sich an Staaten und deren Vertreter, die sich die Dienste von Söldnern zu eigen machen, oder aber Söldnern beziehungsweise Söldnergruppen Schutz gewähren.

Damit deklariert die CEMA nicht nur das Söldnerwesen an sich sondern richtet sich auch gegen Staaten als deren Auftraggeber.

6.2 International Convention against the Recruitment, Use, Financing and Training of Mercenaries

Im Jahr 1989 folgte eine Erweiterung der Genfer Konvention durch die Vereinten Nationen. Wie die CEMA wurde auch in der „International Convention against the Recruitment, Use, Financing and Training of Mercenaries“ Artikel 1(1) beibehalten und um einen zusätzlichen Punkt ergänzt.

Wie schon der Titel der Konvention andeutet, wurde der Fokus vergrößert und der Versuch unternommen das Gesetz dahingehend zu erweitern, jegliche Form privater militärischer Dienstleistung zu erfassen.

Der Passus der Konvention lautet wie folgt:

“2. A mercenary is also any person who, in any other situation:

(a) Is specially recruited locally or abroad for the purpose of participating in a concerted act of violence aimed at:

(i) Overthrowing a Government or otherwise undermining the constitutional order of a State; or

(ii) Undermining the territorial integrity of a State;

- (b) Is motivated to take part therein essentially by the desire for significant private gain and is prompted by the promise or payment of material compensation;*
- (c) Is neither a national nor a resident of the State against which such an act is directed;*
- (d) Has not been sent by a State on official duty; and*
- (e) Is not a member of the armed forces of the State on whose territory the act is undertaken.⁸²*

Auch diese Konvention scheint nur vordergründig geeignet zu sein zeitgemäß auf die Wandlungen des Söldnerwesens einzugehen.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass der Passus mit den Worten „any person who“ bereits von vornherein nur auf einzelne Personen abzielt, aber nicht auf die privaten militärischen Unternehmungen als deren Vermittler.

Während die klassischen Söldner der 1970er und 1980er Jahre durchwegs auf eigene Faust handelten und direkt von ihrem Auftraggeber entlohnt wurden, sind die Söldner des späten zwanzigsten Jahrhunderts Teil großer marktwirtschaftlicher Organisationen mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit.

In den meisten Fällen, besonders wenn es sich um private militärische Unternehmungen handelt die, wie Executive Outcomes ihre Dienste ausschließlich an Staaten und deren Vertreter zur Verfügung stellen, ist die internationale Rechtslage zu unklar und die Mitarbeiter solcher Unternehmungen in einer rechtlichen Grauzone.

Die UN-Konvention setzt zwar einen grundlegend richtigen Schritt, indem sie das Söldnerwesen prinzipiell auch handlungsbasiert erfasst, doch verharrt sie dabei auf einem zu engen Fokus der Betrachtung. Eine Ausweitung der Betrachtung wäre demzufolge zwar geeignet auch private militärische Unternehmungen beziehungsweise private militärische Sicherheitsunternehmen in ihren Tätigkeiten zu erfassen, doch würde ein generelles Verbot deren Tätigkeit wenig Sinn machen. Durch Kürzungen in den Verteidigungsetats, hochentwickelten Waffensystemen, deren Bedienung und Instandhaltung die personellen

⁸² <http://www.un.org/documents/ga/res/44/a44r034.htm>, am 11.04.2009

Möglichkeiten der Militärs übersteigen oder aber auch einfach nur durch den Mangel an politischem Willen in den westlichen Staaten sich aktiv in der Beilegung der Konflikte am afrikanischen Kontinent zu engagieren, entstand ein Bedarf an den Diensten solcher Unternehmen, der nicht einfach per Gesetz unterbunden werden kann.⁸³

Sinnvoller erscheint es hingegen regulative Maßnahmen zum Umgang mit PMU's und PMSU's auf internationaler Ebene zu finden.

Auf nationaler Ebene gibt es bereits zahlreiche Ansätze die Regulierung von PMU's und PMSU's voranzutreiben. Diese Maßnahmen bleiben jedoch auf die Heimatländer der Unternehmungen beschränkt und haben meist wenig bis keine Auswirkungen auf die Arbeit der Unternehmen im Ausland.

6.3 Regulation of Foreign Military Assistance Act (Südafrika)

Zu Beginn der 1990er Jahre stieg die Zahl südafrikanischer Söldner am afrikanischen Kontinent schlagartig an. Die junge Regierung Südafrikas sah sich mit einer großen Zahl an gut ausgebildeten Soldaten konfrontiert, die in den Eliteeinheiten des Apartheidregimes gedient und dort lange Jahre gegen den ANC und andere Unabhängigkeitsbewegungen gekämpft hatten.

Die Soldaten dieser Einheiten waren kampferfahren und hatten bereits an vielen der schwelenden Konflikte der letzten Jahrzehnte in verdeckten Operationen teilgenommen.

Mit dem Wechsel der politischen Führung kam allerdings auch das Ende des Bedarfs einer solch großen Zahl an Spezialkräften, zumal die neue Regierung primär eine innerstaatliche Konsolidierung anstrebte und den Transformationsprozess wohl keinesfalls durch die Fortführung der Außenpolitik des Apartheidregimes gefährden wollte.

Für die Soldaten, die über Nacht zu nutzlos gewordenen, aber in der Ansicht der neuen politischen Führer durchaus gefährlichen Relikten eines alten Regimes wurden, kam der Aufstieg von Executive Outcomes zur ersten privaten

⁸³ Drews, I. (2007): Private Military Companies. The new Mercenaries, in: Jäger, T./Kümmel, G. (Hrsg.): Private military and security companies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 342.

militärischen Unternehmung weltweit in dieser Situation wohl nur allzu gelegen. EO bot den ehemaligen Elitesoldaten die Möglichkeit das zu tun, wofür sie ausgebildet wurden und was sie bis dato immer getan hatten: in den zahllosen Konflikten des afrikanischen Kontinents zu kämpfen.

Darüber hinaus bot Executive Outcomes ihren Söldner Verdienstmöglichkeiten, die weit über dem lagen, was die SADF ihren Soldaten für dieselben Dienste zu zahlen bereit war.

Die südafrikanische Regierung reagierte lange Zeit nicht auf die Existenz von EO, selbst nach dem Bekanntwerden der ersten großen Erfolge in Angola und Sierra Leone. Aus diesem Stillschweigen von Seiten der Regierung muss wohl rückblickend eine Form der Zustimmung abgeleitet werden. Diese Zustimmung mag wohl mit dem Prozess der politischen Umgestaltung zusammenhängen in dessen Verlauf es der neuen Regierung nicht gerade unpassend erschienen sein muss, dass viele der ehemaligen Elitesoldaten des Apartheidregimes nun wieder in Konflikten weit ab der südafrikanischen Grenzen aktiv wurden, zumal sie ja im Dienste eines Privatunternehmens standen und nicht auf Geheiß des Staates kämpften.

Die steigende Zahl an privaten militärischen Sicherheitsunternehmen, die entweder mit EO assoziiert waren oder aber in Konkurrenz dazu standen, veranlasste die Regierung im Jahr 1998 den „Regulation of Foreign Military Assistance Act“ zu verabschieden.

Dieses Gesetz sollte den bis dahin unkontrollierten Aktivitäten von Südafrikauern im Ausland ein Ende setzen und der Regierung die Kontrolle über die unüberschaubar gewordene Zahl an Söldnern zurückgeben.

Ob die Tätigkeiten von Executive Outcomes allein wirklich den Ausschlag gaben den RFMAA zu verabschieden, erscheint fraglich, besonders da die Zahl an Konkurrenzunternehmen zu EO bzw. deren Spin-offs wie Lifeguard und Saracen zwischen 1996 und 1998 drastisch gestiegen war.⁸⁴

Der „Regulation of Foreign Military Assistance Act“ deklariert nicht nur die direkte militärische Konfrontation als militärische Unterstützung, sondern erfasst jedwede Form der logistischen und taktischen Unterstützung.

⁸⁴ O'Brien, K. A. (2000): Private military Companies, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 53.

So werden etwa Beratung und Training ebenso wie medizinische Dienste, die Beschaffung von Ausrüstung oder die Bewachung von Personen oder Installationen unter diesem Gesetz erfasst.

Die Bereitstellung medizinischer Dienste bezieht sich dabei jedoch strikt auf die Versorgung von Soldaten, nicht aber auf die Versorgung von Zivilisten.

Damit bleiben humanitäre Hilfslieferungen und medizinische Versorgung von vertriebenen oder verwundeten Zivilisten von diesem Gesetz unberührt, obwohl sie oftmals Teil einer größeren Kriegsökonomie sind. Die Hilfslieferungen werden abgefangen und dazu verwendet die Soldaten zu versorgen und Flüchtlingslager als Rekrutierungszentren verwendet, beziehungsweise als Rückzugspunkt für verwundete Soldaten.⁸⁵ Ebenso ist der Schutz der Mitarbeiter solcher humanitären Organisationen in Krisengebieten oft nur von Söldnern privater militärischer Sicherheitsunternehmen zu gewährleisten, deren Dienste dann aber wieder als militärische Unterstützung unter dem RFMAA erfasst sind. Hier zeigt sich ein grundlegendes Dilemma der humanitären Unterstützung; ohne die Sicherung der Hilfslieferungen durch bewaffnete Truppen oder eine effektive polizeiliche Kontrolle der Flüchtlingslager ist es in Konfliktregionen allzu einfach diese Hilfe zum Teil einer größer angelegten Kriegsökonomie zu machen, die solche „low-intensity conflicts“ nährt. Für die Bewachung und Sicherung humanitärer Einsätze gibt es aber momentan keine zentrale internationale Autorität, weshalb Söldner und deren Arbeitgeber, die privaten militärischen Sicherheitsunternehmen als einziges Mittel zur Wahl stehen, das aber wiederum nicht in Anspruch genommen werden kann, weil viele humanitäre Organisationen den Verlust der Spendengelder fürchten würde bekannt werden, dass sie Söldner engagieren.

Der „Regulation of Foreign Military Assistance Act“ lässt diese Frage jedoch unberührt und erachtet humanitäre Unterstützung als außerhalb des Tatbestandes militärischer Unterstützung stehend.

Südafrika strebte mit dem RFMAA jedoch keine vollständige Unterbindung des Söldnerwesens an, sondern trachtete vielmehr danach, diesen Teil des Marktes unter eine effektive Aufsicht und Kontrolle zu stellen.

Diese Kontrolle übernahm das 1995 gegründete „National Conventional Arms Control Committee“ (NCACC). Dem NCACC fällt hierbei die Aufgabe zu jeden

⁸⁵ Münkler, H. (2004): Die neuen Kriege, Reinbek. Rowohlt, S. 161.

Antrag auf Gewährung militärischer Unterstützung im Ausland zu prüfen und anschließend eine Empfehlung an den Verteidigungsminister zu übersenden. Der Verteidigungsminister kann daraufhin der Empfehlung des Komitees Folge leisten oder aber ohne Angabe einer Begründung eine anders lautende Entscheidung treffen.

Die Grundlagen einer Entscheidungsfindung regelt der „Regulation of Foreign Military Assistance Act“ wie folgt:

“Criteria for granting or refusal of Authorisations and approvals

7.(1) An authorisation or approval in terms of sections 4 and 5 may not be granted if it would-

- (a) be in conflict with the Republic’s obligations in terms of international law;*
- (b) result in the infringement of human rights and fundamental freedoms in the territory*
in which the foreign military assistance is to be rendered;
- (c) endanger the peace by introducing destabilising military capabilities into the region*
where the assistance is to be, or is likely to be, rendered or would otherwise contribute to regional instability and would negatively influence the balance of power in such region;
- (d) support or encourage terrorism in any manner;*
- (e) contribute to the escalation of regional conflicts;*
- (f) prejudice the Republic’s national or international interests;*
- (g) be unacceptable for any other reason.*

(2) A person whose application for authorisation or approval in terms of section 4 or 5 has not been granted by the minister may request the minister to furnish written reasons for his or her decision.

(3) The minister shall furnish the reasons referred to in subsection (2) within a reasonable time”⁸⁶

⁸⁶ Regulation of Foreign Military Assistance Act (1998)

Die gesetzlichen Maßnahmen und Bestimmungen, die im Zuge des RFMAA zum tragen kommen, sind eine Mischform zwischen dem regulativen und dem interventionistischen Typus staatlicher Kontrolle.

Der Staat gibt ein Set von Regeln vor, verlässt sich im Einzelfall aber nicht auf die Befolgung dieser Regeln durch die Unternehmen sondern sieht für jeden Fall im Einzelnen eine gesonderte Begutachtung und Entscheidungsfindung durch ein staatliches Organ vor.

Dieser Mittelweg zwischen regulativer und interventionistischer Politik von Seiten des Staates erlaubt eine direkte Einflussnahme auf die Tätigkeit von Unternehmen im Bereich der militärischen Unterstützung, ohne jedoch den bereits beschriebenen Risiken einer wechselseitigen Beeinflussung ausgesetzt zu sein, wie es bei einer rein interventionistischen Politik der Fall wäre. Durch die Aussparung von personellen Interdependenzen scheint besonders die Gefahr des Lobbying reduziert zu sein.

Obwohl es sich beim „Regulation of Foreign Military Assistance Act“ um eines der umfassendsten Gesetze zur Regulierung militärischer Dienstleistungen handelt, ist es dennoch nur zur Überwachung ex-ante geeignet.

Es gibt keinerlei Instrumente oder Institutionen, welche die Einhaltung der Bestimmungen ex-post garantieren könnten. Die Vertragserfüllung respektive die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen wird somit weiterhin einer good-will practice der Unternehmen unterstellt.

Trotz des Genehmigungsverfahrens durch das „National Conventional Arms Control Committee“ kann ex-ante keine ausreichende Prüfung des Sachverhaltes erfolgen, die im Nachhinein eine vollständige Erfüllung des Vertrages in Einklang mit dem RFMAA garantieren könnte.

7 Private Gewalt / öffentlicher Markt?

Sieht man auf private militärische Unternehmungen, so erblickt man zuerst einmal deren privatwirtschaftliche Natur. Militärische Expertise und das Spektrum militärischer Dienstleistungen finden sich innerhalb einer privaten, marktwirtschaftlich orientierten Organisation. Dieser Umstand sollte es prinzipiell ermöglichen diese Dienstleistungen auf dem Weltmarkt zu offerieren und jedem zugänglich zu machen, der das Kapital besitzt diese Ressourcen an sich zu ziehen. Dieses Bild des modernen, marktwirtschaftlich orientierten Söldnerwesens prägt den Diskurs und vermittelt eine Vorstellung von einem prinzipiellen Markt für Gewalt, der jedermann zugänglich ist, die finanziellen Möglichkeiten einmal vorausgesetzt.

Betrachtet man nun aber die Einsätze, die von den beiden militärischen Unternehmungen Executive Outcomes und Sandline International durchgeführt wurden, lässt sich nur schwer an diesem Bild eines uneingeschränkten Marktes der Gewalt festhalten. Obwohl hinter den Einsätzen in Sierra Leone und Angola die ökonomischen Interessen von Branch Heritage, beziehungsweise die Interessen von Anthony Buckingham standen, erfüllten diese beiden Unternehmungen ihre Aufträge im Dienste von Staaten und deren gewählten Regierungen. Wenn in diesem Zusammenhang also von einer Überflutung des afrikanischen Kontinents mit Söldnern die Rede ist, ist es wichtig zwischen privaten militärischen Unternehmungen und privaten militärischen Sicherheitsunternehmen zu differenzieren. PMSU's offerieren Dienstleistungen im Bereich der Sicherung und Bewachung und haben damit eine rein defensive Aufgabe. Werden PSMU-Mitarbeiter angegriffen, so verteidigen sie sich. Möglicherweise drängen sie den Feind auch von den von ihnen bewachten Anlagen zurück, doch verfügen diese Unternehmen nicht über die Kapazitäten offensive Strategien zu verfolgen.

Private militärische Unternehmungen hingegen sind in der Lage das gesamte Spektrum des Krieges abzudecken. Sie verfolgen eine langfristige Strategie zur Beilegung eines Konfliktes mit militärischen Mitteln was bedeutet, dass ihr Auftrag erst als erfüllt angesehen wird, wenn ihr Gegner so weit geschwächt

wurde, dass ihm keine Ressourcen für eine Fortführung des Konfliktes mehr bleiben.

Sie suchen die aktive Konfrontation mit ihrem Gegner, versuchen ihm den Zugriff auf die für ihn wichtigen strategischen Ressourcen zu verwehren, suchen und zerstören seine Rückzugspunkte wo immer auch möglich.

Die Kosten eines solchen Einsatzes sind hoch, selbst wenn dafür wie in Sierra Leone und Angola nur wenige hundert gut ausgebildete Spezialisten eingesetzt werden. Um das ganze Spektrum offensiver Kapazitäten zu nutzen bedarf es an Hubschraubern, Panzern und eventuell sogar Kampfflugzeugen, alleine die Kosten für die Ausrüstung und diese militärischen Gerätschaften belaufen sich auf mehrere Millionen Dollar. Hinzu kommen noch die Kosten für Munition und Logistik. Man sieht also, dass der Preis des Krieges, besonders aber der Preis einen Krieg zu gewinnen, trotz eines gewissen Preisverfalls nach dem Ende des kalten Krieges immer noch sehr hoch ist und der Markt der Gewalt für private Unternehmer mit hohen Eintrittskosten verbunden ist. Ein weiterer Aspekt, der nicht vernachlässigt werden kann, ist der Umstand, dass weder Sandline noch Executive Outcomes ihre Kriege im Alleingang gewonnen haben. Sie setzten immer auf eine doppelte Strategie. Die Söldner vollführten sehr wohl taktische Schläge gegen den Gegner und sicherten wichtige Rohstoffquellen, die einerseits ihrer Bezahlung dienten und andererseits bedeutende Einnahmequellen des Gegners darstellten, der damit nicht mehr so ohne weiteres in der Lage war neue Waffen und Gerätschaften anzukaufen. Gleichzeitig setzten sie aber auch auf das Training der vorhandenen Armeeeinheiten beziehungsweise auf die Erschließung völlig neuer Gruppen von Verbündeten wie der Kamajor in Sierra Leone.

Das deutet darauf hin, dass es mit dem Einsatz privater militärischer Unternehmungen auch ein gewisses Maß an sozialen Kosten geben muss.

Diese sozialen Kosten sind ein Maß der Kongruenz zwischen den Zielen der Unternehmung und den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Sind die Ziele und die Bedürfnisse deckungsgleich, wird die Unternehmung im Umgang mit der Bevölkerung verschwindend geringe Kosten erfahren, ja vielleicht sogar von deren Mithilfe profitieren können. Versucht die Unternehmung aber Ziele gegen den Willen der Bevölkerung zu verwirklichen, werden die sozialen Kosten schlagartig in die Höhe schnellen. Weder kann die Unterneh-

mung dann auf die Mithilfe der Bevölkerung beim Gewinnen nachrichtendienstlicher Informationen hoffen, noch kann sie sich auf die Sicherheit ihres eigenen Personals im Umgang mit der Zivilbevölkerung verlassen, da diese die Söldner als Eindringlinge und Feinde wahrnehmen wird. Das bedeutet für die Unternehmung, dass sie jede Art von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen selbst gewinnen muss und auch drastisch erhöhte Kosten für den Schutz der eigenen Einrichtungen und ihres Personals zu tragen hat.

Solch eine Kongruenz zwischen den Zielen einer privaten militärischen Unternehmung und denen der Zivilbevölkerung eines Landes kann jedoch nur zustande kommen wenn eine PMU von einer Gruppe oder einer Person mit demokratischer Legitimation beauftragt wird.

Ich möchte den Aspekt der demokratischen Legitimation hier nicht explizit auf eine Regierung reduzieren, da es besonders in einigen Staaten Afrikas oftmals schwer zu unterscheiden ist, welche Fraktion nun wirklich mit einer ausreichenden Legitimierung durch die Bevölkerung versehen ist, oder aber diese mit bloßer Waffengewalt durch den Apparat des Staates an sich hält.

Auch wenn die schwachen Staaten Afrikas von grundlegenden Defiziten in der Einnahme und Verwaltung ihrer Steuern geprägt sind, ist es am Ende doch wahrscheinlicher, dass die Fraktion, die gerade die Regierung stellt, eher über die Geldmittel verfügt, sich die Dienste einer privaten militärischen Unternehmung zu sichern, womit der Zusammenhang zwischen PMU und Staat wieder gegeben wäre.

Auch wenn die Kosten für den Eintritt auf das Feld des Krieges mit dem Ende des Ost-West Konfliktes, auf Grund veränderter Bedrohungsszenarien und dem damit verbundenen geringeren Aufwand an Personal und Technik gesunken sind, ist der Einsatz einer privaten militärischen Unternehmungen immer noch einem sehr exklusiven Segment des Weltmarktes vorbehalten. Hinzu kommen die verdeckten sozialen Kosten, die bei einem Einsatz im gesamten militärischen Spektrum zur vollen Geltung kämen.

7.1 Das Problem der sozialen Kosten

Wie bereits angedeutet, muss beim Einsatz einer privaten militärischen Unternehmung eine Kongruenz zwischen den Zielen der Unternehmung und den Zielen der Zivilbevölkerung bestehen. Je größer die Deckungsgleichheit dieser beiden Ziele, desto geringer sind die verdeckten Folgekosten für die Unternehmung. Je größer und je umfangreicher sich also die Art der militärischen Konfrontation erstreckt, desto höher ist das Risiko der sozialen Kosten, wenn die Ziele der Unternehmung gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung durchgesetzt werden müssen. Ist es für ein privates militärisches Sicherheitsunternehmen noch relativ einfach, eine bestimmte Installation zu halten und zu verteidigen, so nimmt die Schwierigkeit mit Größe des Gebiets zu.

Geht man wie in den Fallbeispielen von Executive Outcomes und Sandline von einem Land wie Sierra Leone aus, wo der Kriegsverlauf sich von Freetown an der Westküste bis in die Kono Region im äußeren Osten des Landes erstreckte, so wäre solch ein Einsatz trotz der überlegenen Bewaffnung und der langjährigen Erfahrung der EO Söldner nicht von ihnen alleine durchführbar gewesen.

Stattdessen verfolgte EO eine Strategie der Einbindung der Zivilbevölkerung. Zivilisten konnten für die Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse genutzt werden und die Kamajor wurden zu einer schlagkräftigen Miliz ausgebildet die EO bei ihrem endgültigen Schlag gegen die RUF in den Kangari Bergen nutzen konnte.

Der Erfolg einer privaten militärischen Unternehmung ist demnach unmittelbar an die Höhe der sozialen Kosten gebunden. Soziale Kosten entstehen durch den Widerstand der Zivilbevölkerung gegen die Ziele der Unternehmung, oder aber gegen deren Methoden zur Erreichung ihrer Ziele. Sieht man die sozialen Kosten als einen Faktor, der unaufhörlich in der Lage ist Kosten zu generieren, die umso höher ausfallen, je geringer die Deckungsgleichheit zwischen den Zielen der Unternehmung und der Zivilbevölkerung ist und je umfangreicher das Spektrum der Art der militärischen Dienstleistung ist, so zeigt sich, dass der Einsatz privater militärischer Unternehmungen offensichtlich bestimmten Faktoren unterliegt, die die Vorstellung eines unbegrenzt zugänglichen Welt-

marktes der militärischen Dienstleistungen und der grenzenlosen Privatisierung militärischer Gewalt einschränken.

Ein Beispiel für die Existenz solcher verdeckten Kosten ist der Einsatz von Sandline auf Papua Neuguinea. Der Konflikt mit den Separatisten auf Bougainville sollte mit Hilfe der Söldner rasch beigelegt werden. Letztlich scheiterte er aber am Widerstand der Bevölkerung und des Militärs als die Pläne des Premierministers Julius Chan bekannt wurden, ausländische Söldner damit zu beauftragen die Insel Bougainville und damit die Panguna Kupfermine wieder unter die Kontrolle der Regierung zu stellen. Der Einsatz Sandlines wäre schnell und blutig verlaufen und hätte eine neue Ebene der Eskalation im Konflikt mit der Insel Bougainville bedeutet. Die Söldner wurden kurzerhand von Soldaten der PNGDF verhaftet, als der Widerstand der Bevölkerung zu groß wurde.

Dies soll nun nicht bedeuten, dass jeder Einsatz einer privaten militärischen Unternehmung von vornherein vollständig mit den Zielen und Bedürfnissen der Zivilbevölkerung kongruent sein muss um erfolgreich sein zu können. Oftmals ergeben sich Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung erst im Laufe der Zeit. Doch es ist ausgeschlossen, dass eine marktwirtschaftliche und damit auf eine ökonomische Rationalität aufbauende private Unternehmung über die Zeit eine Erhöhung der sozialen Kosten tragen kann. Irgendwann würden die sozialen Kosten den Wert der Zielsetzung übersteigen und der Auftrag an sich zum reinen Selbstzweck werden. Dieser Selbstzweck, der wohl mehr dem Idealismus denn der Ökonomie zuzuordnen wäre, ist aber mehr ein Merkmal staatlicher Interventionen als eines der privaten Unternehmungen.

Somit scheint also die Profitorientierung, die auf den ersten Blick ein Bild des grenzenlosen Zugangs zu privater militärischer Gewalt generiert, bei genauerer Betrachtung eben der Faktor zu sein, der die Grenzen jener privaten Gewalt festsetzt. Soziale Kosten definieren sich damit als

die Kosten, die am Berührungspunkt zwischen einer Unternehmung und einer Gesellschaft entstehen. Diese Kosten sind umso größer je mehr Teile der Gesellschaft von der Unternehmung berührt werden und je inkongruenter die Ziele der Unternehmung mit den Bedürfnissen der Gesellschaft sind.

Die Existenz solcher verdeckter Kosten für eine Unternehmung ist wichtig um den Markt der militärischen Dienstleistungen im Gesamten und die Natur der privaten militärischen Unternehmungen im Speziellen zu verstehen.

Keine private militärische Unternehmung vermag es langfristig ihre Interessen gegen die einer Gesellschaft durchzusetzen, da die Höhe der verdeckten Kosten irgendwann den Wert des Auftrages, im Sinne des Verhältnisses zwischen eingesetzter Arbeitszeit und eingesetztem Vermögen im Verhältnis zu erwartetem Gewinn, übersteigen würde. Je mehr Widerstand an den Berührungspunkten der Ziele entsteht, desto ausufernder werden die Kosten für die Unternehmung. Solche sozialen Kosten können sich in einem erhöhten Aufwand für die eigene Sicherheit äußern, ebenso wie in letzter Instanz in einem untragbar gewordenem Ausmaß an Gefallenen auf beiden Seiten.

Das Ausmaß der Gefallenen erscheint insbesondere dann eine wichtige Größe zu sein, wenn einer privaten militärischen Unternehmung Zugang zu den Ressourcen der internationalen Gemeinschaft gewährt wird. Sollten die Vereinten Nationen sich in naher Zukunft entschließen eine PMU zur Beendigung eines Konfliktes zu entsenden oder sie überhaupt mit dem Mandat der Friedenssicherung auszustatten, wäre die Höhe der sozialen Kosten letztlich das einzige Maß, an dem die Rentabilität eines solchen Einsatzes gemessen werden könnte.

Eine private militärische Unternehmung, die ähnlich wie Blackwater im Irak mit einem Mandat der Friedenssicherung oder der Friedensdurchsetzung ausgestattet wäre, könnte abseits jeder Kontrolle und jedes Rechts agieren und hätte dabei stets die Sicherheit einer vollständigen finanziellen Deckung ihrer Aktionen. Das einzige Resultat, das die internationalen Geldgeber letzten Endes zu Gesicht bekämen, wären kontinuierliche Erhöhungen des Aufwandes, bedingt durch immer stärker werdenden Widerstand der Bevölkerung.

Da es nun aber die Natur jeder privaten Unternehmung ist, nach Kriterien der ökonomischen Effizienz bemessen zu werden, stünde solch eine Erhöhung der verdeckten Kosten langfristig gegen die Unternehmung.

Die Existenz solcher verdeckten sozialen Kosten ist letztlich das Einzige, das dem beinahe uneingeschränkt erscheinenden Treiben der privaten militärischen Unternehmungen Einhalt gebietet. Während ein staatliches Militär und

seine Auftraggeber aus der Politik von der Bevölkerung an der Summe der gefallenen Soldaten bemessen werden und eine hohe Zahl an eigenen getöteten Soldaten irgendwann den Druck aus den Reihen der Bevölkerung auf die Politik so stark erhöht, dass eine Fortsetzung des Kriegseinsatzes nicht mehr möglich ist, entfällt solch ein Druck auf eine private militärische Unternehmung. Sie unterliegen keiner sozialen Kontrolle und nur in geringem Maße einer politischen, da sie nicht mit derselben Transparenz und Einbindung in staatliche Strukturen versehen sind wie ein staatlicher Militärapparat. Somit bleibt für die Kontrolle einer PMU, insofern als keine Mechanismen geschaffen wurden⁸⁷ die Umsetzung der Verträge ex-post zu überwachen, nur eine Kontrolle durch die verursachten Kosten.

Diese sozialen Kosten beschränken sich dabei jedoch keineswegs auf private militärische Unternehmungen sondern erfassen auch die Leistung privater militärischer Sicherheitsunternehmen sobald ihr Auftrag eine kritische Größe überschritten hat und ein ausreichendes Maß an Berührungspunkten zur Gesellschaft hergestellt hat.

7.2 Grenzen und Möglichkeiten privater militärischer Unternehmungen

An den Fallbeispielen der privaten militärischen Unternehmungen Executive Outcomes und Sandline zeigt sich, dass der Einsatz solcher privaten militärischen Kräfte sowohl mit Risiken als auch mit Vorteilen versehen ist.

Zu den Risiken zählen einerseits die mangelnden Kontrollmöglichkeiten innerhalb schwacher Staaten und die damit verbundene Gefahr des opportunistischen Verhaltens solcher Söldnertruppen.

In der Analyse zeigte sich aber, dass beide Unternehmungen gemäß den abgeschlossenen Verträgen handelten und die Schlagkraft der nationalen Militärs entscheidend verbesserten. Wo liegen also die Grenzen im Einsatz von PMU's ?

⁸⁷ Solche Mechanismen würden die Kosten des Einsatzes einer PMU aber insgesamt so stark erhöhen, dass die Reduktion der Kosten zunichte gemacht würde und es wahrscheinlich kostengünstiger käme, das eigene Militär an Stelle einer PMU zu entsenden.

In wie weit können solche Unternehmen effektiv eingesetzt werden und Vorteile gegenüber regulären militärischen Verbänden besitzen?

Zuerst einmal erscheint es notwendig, die Natur solcher Unternehmungen näher zu beschreiben. Sie sind profitorientierte Unternehmen der freien Marktwirtschaft, die militärische Dienstleistungen im gesamten Spektrum offerieren. Sie besitzen eine juristische Persönlichkeit, haben eine hierarchische Struktur und sind auf unterschiedlichste Art und Weise mit anderen Unternehmen assoziiert. Diese Verbindungen zu anderen Unternehmen reichen von einer simplen Bedarfsdeckung mit den unterschiedlichsten Waren bis hin zu strukturellen Verbindungen über verschiedene Beteiligungsformen. Der einzige Unterschied zwischen privaten militärischen Unternehmungen und anderen Dienstleistungsanbietern auf dem Markt besteht in der Art des geleisteten Dienstes. Diese unterscheidet sich dabei weniger durch Verrichtung an sich, da es sich hierbei ja ebenso um das Entsenden von Personal zur Verrichtung einer gewissen Tätigkeit handelt. Viel entscheidender ist dabei, dass die ihnen übertragene Aufgabe im europäischen Verständnis eine grundlegend staatliche ist. Durch die Entwicklung eines effektiven Polizeiapparats konnten die Staaten Europas ihr Militär von den Belangen der inneren Sicherheit abziehen. Das Militär passte sich dahingehend an, als es ein Selbstverständnis von der Verteidigung nach Außen hin entwickelte. Der Ost-West Konflikt tat sein übriges um die Entwicklung des Militärs auf einen ultimativen Kampf zwischen zwei übermächtigen Kontrahenten zu fokussieren. Private militärische Unternehmungen scheinen deshalb den staatlichen Militärs nur die Art von Dienstleistung abzunehmen, die sie momentan nicht erbringen können oder nicht erbringen wollen. Sie besitzen gegenüber staatlichen Militärs den Vorteil, jede Art von Ressource über den freien Markt beziehen zu können. Sei es nun Personal, Waffen oder Gerätschaften, alles kann von solchen Unternehmungen binnen kürzester Zeit bereitgestellt werden. Im Gegensatz zu regulären Armeen verfügen private militärische Unternehmungen jedoch über keine Anbindung an die Ressourcen und Institutionen des Staates. Während ein funktionierender Staat in der Lage ist für einen bestimmten Zeitraum seine Kapazitäten auf die Führung eines Krieges umzulenken und dadurch ein enormes Maß an Ressourcen freizusetzen, ist eine private militärische Unternehmung stets an den Umfang

des Vertrages gebunden und nicht in der Lage, eigene Ressourcen zu generieren.

In Verbindung mit dem Problem der sozialen Kosten erscheinen PMU's nicht mehr wie ungezügelte Banden von Söldnern sondern mehr wie private Dienstleister mit genau definierten vertraglichen Grenzen. Die Natur der privaten militärischen Unternehmungen selbst definiert den Raum ihrer Tätigkeit und das Ende ihrer Möglichkeiten. Die Unterhaltung einer großen militärischen Streitmacht über rein wirtschaftliche Interessen hinaus bedarf eines Zuganges zu Ressourcen, den nur Staaten verwirklichen können, der jedoch außerhalb der Möglichkeiten eines privaten Unternehmens steht.

Private militärische Unternehmungen sind demnach auf die externe Zuführung von Kapital angewiesen und sind nicht in der Lage die Ressourcen für die Führung eines Krieges selbst zu produzieren.

Während es Staaten möglich ist über einen bestimmten Zeitraum hinweg militärische Konflikte aus rein ideellen Gründen zu führen, sind private militärische Unternehmungen an die Grenzen der Rentabilität gebunden.

Sobald das Verhältnis zwischen eingesetztem Kapital und möglichem Gewinn sich dahingehend verschiebt, dass die bereits eingebrachten Geldmittel den erwarteten Gewinn übersteigen, hat eine private Unternehmung die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht. Selbst wenn man, wie in den Fallbeispielen von Executive Outcomes und Sandline hinter den Unternehmen ein größeres Netzwerk von Firmen mit sekundären ökonomischen Interessen annimmt, unterliegen auch diese Unternehmen wiederum den Grenzen der Rentabilität, welche angesichts des enormen Kapitalbedarfs einer privaten militärischen Unternehmung sehr schnell erreicht sind. Es ist somit ausgeschlossen, dass eine private militärische Unternehmung zum reinen Selbstzweck agiert oder über die Grenzen der Rentabilität hinaus aus privaten Quellen die Ressourcen bezieht, einen militärischen Konflikt zu führen.

Anders verhält es sich allerdings, wenn eine PMU im Auftrag eines Staates oder eines Bundes von Staaten handelt. In diesem Fall erhält die PMU für die Dauer und den Umfang des Vertrages Zugang zu einem Teil der Ressourcen des Staates. Damit vermischen sich die grundsätzlich langfristig angelegten Interessen des Staates mit der kurzfristigen, gewinnorientierten Planung einer

privaten Unternehmung. Dadurch ist es möglich, dass Konflikte über die Grenzen der Rentabilität hinaus fortgeführt werden.

“When we had need of skilled soldiers to separate fighters from refugees in the Rwandan refugee camps in Goma, I even considered the possibility of engaging a private firm. But the world may not be ready to privatize peace.”⁸⁸

Bei der von Kofi Annan in seiner Rede im Jahr 1994 erwähnten Firma handelte es sich um Executive Outcomes. Internen Plänen der Unternehmung zu Folge wäre ein Vorauskommando innerhalb von nur 14 Tagen einsatzbereit gewesen und die Gesamtheit der 1527 Mann starken Einsatztruppe inklusive Artillerie- und Luftunterstützung innerhalb von sechs Wochen.⁸⁹

Der Plan von EO sah vor, mehrere „Sicherheitsinseln“ einzurichten, in denen die Vertriebenen Zuflucht suchen konnten und von denen aus die Unternehmung ihre Operationen gegen die bewaffneten Fraktionen hätte führen können.

Der Völkermord in Rwanda kostete den vorsichtigsten Schätzungen nach zwischen 500.000 und 800.000 Menschen das Leben. Die UN-Mission, die den Genozid letztlich nicht verhindern konnte, kostete pro Tag 3 Millionen US-Dollar. Die von EO veranschlagten Kosten lagen bei 600.000 US-Dollar pro Tag.⁹⁰

Am Beispiel des Genozids in Rwanda treten die Grenzen und Möglichkeiten des Einsatzes privater militärischer Unternehmungen erkennbar hervor.

Bereits in ihrem ersten Einsatz in Angola, bei der Rückeroberung der Soyo-Anlage, hatte EO seine Fähigkeit unter Beweis gestellt mit einer relativ kleinen Anzahl von gut ausgebildeten Söldnern eine Sicherheitszone zu bilden und diese auch gegen Angriffe verteidigen zu können. In Sierra Leone demonstrierte die Unternehmung ihre Offensivkapazitäten in ihrem Kampf gegen die RUF.

EO verfügte 1994 also durchaus über das militärische Potential solche „Sicherheitsinseln“ für die Vertriebenen zu errichten und diese gegen jedweden

⁸⁸ UN Press Release SG/SM/6613/Rev.1*, “Secretary-General reflects on “Intervention” in thirty-fifth annual Ditchley-Foundation lecture, unter: <http://www.un.org/News/Press/docs/1998/19980626.sgsm6613.html>, am 07.05.2009.

⁸⁹ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.185f.

⁹⁰ Singer, P.W. (2007): Corporate warriors, Ithaca, Cornell University Press, S.185.

Angriff von Außen zu verteidigen. Ebenso verfügte die Unternehmung über die Kapazitäten aktiv in den Bürgerkrieg einzugreifen und den Kampf gegen die bewaffneten Fraktionen zu führen. Doch was wären die Folgen eines solchen Einsatzes gewesen? Warum konnten private militärische Unternehmungen militärische Konflikte in der jüngeren Vergangenheit viel schneller und effizienter beenden als die aus staatlichen Militärs zusammengestellten UN-Truppen? An dieser Stelle ist es nötig, sich wieder die von Avant beschriebenen drei Dimensionen der Kontrolle vor Augen zu führen. Ebenso wie im Verhältnis zwischen Staat und PMU, müssten auch internationale Organisationen oder Staatenbünde Einbußen in der Kontrolle in Kauf nehmen, wenn sie eine private Unternehmung mit der Durchführung einer militärischen Dienstleistung beauftragen. Diese Einbußen resultieren einerseits aus der grundsätzlich opportunistischen und gewinnorientierten Natur privater Unternehmungen, andererseits aber auch aus den fehlenden Strukturen und Anpassungen der Institutionen an den Umgang mit privaten Akteuren in diesem Bereich. Während reguläre UN-Truppen einem hohen Maß an funktionaler und politischer Kontrolle unterliegen, fehlt dieses Maß an Kontrolle bei privaten militärischen Unternehmungen völlig. Eine private Unternehmung ist in erster Linie über einen Vertrag an ihren Auftraggeber gebunden.

Dieser Vertrag ist wiederum mit Kosten und Unsicherheiten verbunden, da eine lückenlose Überwachung der Durchführung der vertraglich vereinbarten Aufgaben weder ex-ante durch ein umfangreiches Vertragswerk noch ex-post durch die Schaffung geeigneter Instrumente in einem Kriegseinsatz möglich ist.

„At least three additional aspects compound the problems of divided loyalties and goals. The First is that the execution of the contract will take place in the most complex environment possible: in the context of war, incipient of war, or conflict. The second is the fact, that neither side will ever have complete information about the other's intrinsic interests, exact goals and behaviour. And the third is that PMCs will enact decisions that are not only important, but often crucial to the security of the clients.“⁹¹

⁹¹ Schreier F./Caparini M. (2005): Privatising Security. Law, Practice and Governance of Private Military and Security Companies, DCAF Occasional Paper – No. 6, S. 51.

Dieser Mangel an Kontrollmöglichkeiten zeigt sich besonders im Bereich der operativen Einsatzleitung. Die Truppen der Vereinten Nationen sind in diesem Bereich einem hohen Maß an politischer Kontrolle unterworfen. Als Friedenstruppen sind sie grundsätzlich nur mit jenem Mandat ausgestattet sich unter Beschuss zu verteidigen, dürfen jedoch nicht auf Basis eigener Einschätzung aktiv in das Kriegsgeschehen eingreifen. Dies wäre nur mit einem Mandat zur Erzwingung des Friedens laut Kapitel VII der UN-Charta möglich gewesen. Dieser Umstand zwang letztlich auch den Befehlshaber der UNAMIR Mission in Rwanda, General Roméo Dallaire den Geschehnissen tatenlos zuzusehen. Die politische Kontrolle wirkte in diesem Fall also direkt auf die operative Befehlsführung ein und zwang den kommandierenden Offizier dem beginnenden Genozid tatenlos zuzusehen. Ohne Erweiterung ihres Mandates durch das politische Kontrollorgan waren die UN-Truppen nicht in der Lage effektiv auf die Bedrohungslage zu reagieren.

Private militärische Unternehmungen sind solch einer Art von Kontrolle jedoch nicht unterworfen. Während die UN-Truppen einer durchgehenden Hierarchie der unterschiedlichsten Organe unterworfen sind, können private militärische Unternehmungen allein über die Hierarchie innerhalb der Unternehmung agieren.

Mit ihrem Auftraggeber verbindet sie ein Vertrag, der die Erfüllung bestimmter Aufgaben innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu einem bestimmten Preis vorsieht, jedoch entstehen dadurch keinerlei hierarchische Vernetzungen, welche die Art der Durchführung der vereinbarten Dienstleistung beeinflussen könnten.

Selbst wenn ex-ante im Vertrag Organe vereinbart werden, die eine Kontrolle der Durchführung für den Auftraggeber ermöglichen sollen, entsteht dadurch kein Einfluss des Auftraggebers auf die operative Tätigkeit. Der Vertrag kommt schließlich nicht mit den Befehlshabenden der Unternehmung zustande, sondern mit der privaten militärischen Unternehmung an sich. Nichteinhaltungen der vertraglichen Bestimmungen, wie sie zum Beispiel bei einer eigenmächtigen Erweiterung des Mandates durch die Söldner der Fall wären, sollten diese beschließen den Begriff der „Selbstverteidigung“ in einem etwas breiteren Kontext zu sehen, könnten demnach nicht zu disziplinarischen Maßnahmen des Auftraggebers an den Kommandierenden der Unternehmung führen, son-

dern nur zu Aufforderungen zur Einhaltung des Vertrages an die Unternehmung an sich.

In der Struktur der Hierarchie und in deren Unterschieden zwischen regulären militärischen Verbänden und privaten militärischen Unternehmungen liegen sowohl die Gründe für die Effizienz der privaten Akteure als auch die Gründe dafür, diese nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen einzusetzen.

Eine private militärische Unternehmung ist in der Gestaltung ihrer operativen Tätigkeit einzig an das Kriterium der Effizienz gebunden. Es ist für den Auftraggeber nur schwer möglich Einfluss auf die Gestaltung dieser Tätigkeit zu nehmen. Wie ebenfalls bereits festgestellt, verhalten sich private marktwirtschaftliche Akteure grundsätzlich opportunistisch und profitorientiert, weshalb von ihnen keine Aufgaben gefordert werden können, die ein bestimmtes Maß an Idealismus voraussetzen. Ebenso kann von solchen Unternehmungen nicht erwartet werden Aufgaben zu übernehmen, die selbst staatliche Militärs nicht bewältigen können und deshalb auslagern. Bei solchen Aufgaben handelt es sich grundsätzlich um Aufgaben der Friedenssicherung, die eher eine polizeiliche Tätigkeit denn eine militärische darstellen.

Diese Aufgaben erfordern ein hohes Maß an Kontrolle, da ihnen die Durchsetzung bestimmter Regeln und Gesetze zu Grunde liegt. Solche Kapazitäten können die meisten staatlichen Militärapparate nicht bereitstellen, weshalb es auch nicht sinnvoll erscheint sie an private Akteure auszulagern, die einem viel geringeren Maß an Kontrolle unterworfen sind.

Nur bei Aufgaben der Friedensdurchsetzung mit militärischer Gewalt könnten private militärische Unternehmungen einen Vorteil gegenüber staatlichen Militärs erzielen. Einerseits können sie aus einem viel breiteren Pool von Spezialisten rekrutieren, andererseits bringen diese Spezialisten bereits langjährige Erfahrung in den verschiedensten Konflikten mit. Weiters sind Söldner nicht an konventionelle Taktiken der Kriegsführung gebunden. So war es bei den Söldnern EO's beispielsweise eine gängige Taktik sich mit den Waffen und der Munition der getöteten Gegner zu versorgen. Während reguläre Verbände sich auf den Nachschub durch die eigenen Truppen verlassen müssen und jeder Soldat mit seinem zur Verfügung gestellten und registrierten Gewehr vom Schlachtfeld zurückkehren muss, konnten die Söldner von Executive Outco-

mes diese Taktik nutzen um den Gegner tief hinter seinen eigenen Linien anzugreifen und zu verfolgen.

Eben diese Freiheit in der Wahl der Taktik bedingt aber auch ein Fehlen an Kontrolle. Private militärische Unternehmungen agieren abseits rechtlicher und sozialer Normen, die bei staatlichen Militärs Eingang in die Disziplinierung gefunden haben. Obwohl ihre Freiheit grundsätzlich durch das Problem der sozialen Kosten eingeschränkt ist, sind sie nicht an das Kriegsrecht gebunden.

Dies bedeutet im Extremfall, dass Söldner, anders als Soldaten, Exekutionen von kapitulierenden Gegnern bevorzugen könnten, entweder aus psychologischen Gründen um dem Gegner Furcht durch Erbarmungslosigkeit einzuflößen oder aber, weil es ihnen schlicht und einfach an den Möglichkeiten für eine Internierung der Kriegsgefangenen fehlt.

Die Grenzen für den Einsatz solcher Unternehmungen sind demnach sehr eng und werden umso enger, je genauer man die Betrachtung auf die möglichen Risiken und Einbußen richtet, die damit einhergingen.

Letzten Endes ist es eine Frage der Moral und der Ethik, die entscheidet, ob der Einsatz von Söldnern zu rechtfertigen ist.

8 Ausblick

Das Ende des kalten Krieges, das durch den Zusammenbruch der bipolaren Ordnung auf der Makroebene und ein Aufflammen zahlreicher Konflikte niedriger Intensität gekennzeichnet war, schuf den Raum und die Möglichkeiten einer völlig neuen und bis dahin unbekannt Form der Kriegsführung. Die privaten militärischen Unternehmungen, die in dieser Zeit entstanden, positionierten sich zwischen den staatlichen Militärs und den unorganisierten Söldnern, die das Bild des Krieges bis dahin geprägt hatten.

Diese neue Form des Söldnerwesens agierte organisiert, strukturiert und gewinnorientiert. Die raschen Erfolge von Executive Outcomes und seiner starken Medienpräsenz demonstrierten der Welt die Möglichkeiten, die eine Verschmelzung von Militär und Wirtschaft bot. Während die Söldner zur Zeit des kalten Krieges großteils unorganisiert waren und sich im besten Falle zu un-

disziplinierten Banden wie der von Bob Denard zusammenschlossen, hatten private militärische Unternehmungen feste Strukturen, Hierarchien und eigene Rechtspersönlichkeiten. Die seit dem zweiten Weltkrieg stetig zunehmende Einbindung von zivilen Spezialisten in den Bereichen der Logistik, der Wartung, aber auch in der Entwicklung neuer Waffensysteme, hatte mit dem Ende des kalten Krieges einen Wendepunkt erreicht. Die militärischen Apparate beider Blöcke, die bis dahin ihre Entwicklung auf einen Konflikt auf der Makroebene ausgerichtet hatten, konnten sich strukturell nicht so schnell an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Diese neuen Kriege verlangten nach schnellen und kleinen Eingreiftruppen und nicht nach übermächtigen Militärmaschinerien, die für die Führung solcher Konflikte viel zu unbeweglich waren.

Private militärische Unternehmungen boten hier einen Ausweg, indem sie Spezialisten unabhängig von ihrer Nationalität nur nach ihren Qualifikationen rekrutieren konnten. Insbesondere im Fall von Executive Outcomes ist deren Erfolg maßgeblich auf die Ausbildung der Söldner im 32-Batallion zurückzuführen. Diese Einheit hatte jahrzehntelange Erfahrung in verdeckten Operationen und der Art von Kriegsführung, die später zum Markenzeichen von EO werden sollte.

Afrikaans als gemeinsame Sprache half dabei die Verständigung unter den Söldnern zu erleichtern, sorgte aber auch dafür, dass vom Gegner abgefangene Funksprüche nur schwer zu verstehen waren. Die langjährige Erfahrung der Söldner und deren hoher Grad an Disziplin machten die Unternehmung zu einem begehrten Dienstleister auf dem freien Markt.

Der Rückgang der Informationsdichte auf der Makroebene der Sicherheitspolitik sorgte dafür, dass die Akteure der Mesoebene nun wieder verstärkt eigene Interessen verfolgten und von Interventionen, die außerhalb ihrer eigenen Interessenssphäre lagen, absahen beziehungsweise absehen mussten, da ihre militärischen Apparate den veränderten Anforderungen nicht gerecht wurden. Dadurch kam es zu einer Evolution auf dem Bereich der militärischen Dienstleistungen und aus den bekannten privaten militärischen Sicherheitsunternehmen, die Training und militärische Expertise oft als getarnte militärische Auslandshilfe bereitstellten, entwickelte sich ein neuer Typus der militärischen Dienstleister, der in der Lage war, nicht nur defensive Potentiale bereitzustellen.

len, sondern auch offensive Kapazitäten entwickelt hatte. Diese neue Form des privaten militärischen Dienstleisters, die private militärische Unternehmung, ermöglichte es schwachen Staaten, deren Militär nicht über die Kapazitäten verfügte, einen internen Konflikt zu beenden und über den freien Weltmarkt eine militärische Kraft zu beziehen, die diesen Mangel an militärischer Expertise sowohl durch Training als auch durch aktive Kampfeinsätze ausglich.

*“What we are seeing, however, is the creation of more opportunities for PMC’s to operate within the military sphere as a result of the reluctance of politicians to commit soldiers to conflicts where there are no national interests at stake”.*⁹²

Die Fehlschläge der internationalen Missionen in Somalia und Rwanda taten ihr übriges um den Willen der Politik, sich in Konflikten zu engagieren, die außerhalb der nationalen Interessen lagen, zu schmälern. Stattdessen bot die private Militärindustrie einen Ausweg. Private Unternehmungen konnten ohne die Verwicklung der Politik in ihre Geschäfte agieren und indirekt von der Politik für eine Verfolgung ihrer Interessen verwendet werden.

Durch die Duldung dieser privaten Militärindustrie, insbesondere aber der privaten militärischen Unternehmungen, die das bis dahin gültige Gewaltmonopol des Staates verletzten, sahen sich die Staaten vor neue Herausforderungen gestellt.

Die Fragen nach der Regulierung dieser neuen Abkömmlinge der Militärindustrie beschäftigten sowohl starke als auch schwache Staaten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Für starke Staaten ergaben sich mehrere Möglichkeiten Einfluss auf diese privaten Akteure zu nehmen. Entlang der drei Dimensionen der Kontrolle, konnten sie eine non-interventionistische, eine regulative oder eine interventionistische Politik verfolgen. Während Südafrika zu Beginn der 1990er Jahre eine non-interventionistische Politik verfolgte, änderte sich dies mit der Zunahme der Tätigkeiten von Executive Outcomes auf dem afrikanischen Kontinent. Die Zahl der privaten militärischen Sicherheitsunternehmen, die im Schatten der Erfolge von EO versuchten sich ebenfalls

⁹² Kinsey, Christopher (2007): Corporate Soldiers and international Security, London, Routledge, S. 97.

zu etablieren und die stetig wachsende Anzahl von Südafrikanern, die in den Konflikten Afrikas als Söldner dienten, zwangen die Regierung Südafrikas auf eine regulative Politik umzuschwenken. Der „Regulation of foreign military assistance act“ schuf klare Regeln, welche die Tätigkeit der Söldner einschränken sollte. Jede Art von militärischer Unterstützung im Ausland durch Südafrikaner war fortan genehmigungspflichtig.

Großbritannien verfolgte eine non-interventionistische Politik. Der Markt der privaten militärischen Dienstleistungsunternehmen blieb zum größten Teil unreguliert. Der Versuch der Vereinten Nationen eine klare Definition des modernen Söldnerwesens zu schaffen, blieb ohne Erfolg, ebenso wie der Versuch der OAU die Tätigkeit der Söldner auf dem afrikanischen Kontinent einzudämmen.

Zu zahlreich waren die Verwicklungen zwischen afrikanischen Staaten und Söldnern, als dass man sich auf eine restriktivere Definition hätte einigen können.⁹³

Schwache Staaten, die naturgemäß nicht in der Lage sind ein hohes Maß an Kontrolle aufrecht zu erhalten, können im Bereich der funktionalen Sicherheit, also der Sicherheit, die durch einen funktionierenden Polizei- oder Militärapparat geschaffen wird, durchaus Vorteile aus dem Umgang mit einer privaten militärischen Unternehmung beziehen. Durch effektives Training der militärischen Einheiten durch die PMU und deren Disziplinierung wird das Maß an Kontrolle, das der Staat über sein Militär ausüben kann, erhöht. Durch die enormen Kosten, die der Einsatz einer PMU in der Realität aber verursachte, wurden die Ökonomien der betroffenen Staaten schwer beeinträchtigt. Dadurch war es den Staaten oft nicht mehr möglich selbst die rudimentärsten Formen der sozialen Absicherung beziehungsweise Versorgung aufrecht zu erhalten. Die Investition in die Erhöhung der funktionalen Sicherheit sorgte zwar für ein Ende der Vertreibungen und der Massaker an der Zivilbevölkerung, doch blieb nach Erlangung dieses trügerischen Friedens kein Geld übrig um die Schäden und Spätfolgen der Konflikte zu mindern.

Darüber hinaus flammten die Konflikte meist mit dem Abzug der privaten militärischen Unternehmung aus dem Konfliktgebiet wieder auf.

⁹³ Kufuor, K. O. (2000): The OAU Convention for the Elimination of Mercenarism and Civil Conflicts, in: Musah, A./Fayemi, K. (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press, S. 204.

Die Grenzen und Möglichkeiten der privaten militärischen Unternehmungen definieren sich einerseits durch die Natur des Marktes an sich und andererseits durch das Verhältnis zwischen der PMU und der Zivilbevölkerung des Landes, in dem sie eingesetzt wird. Die grundlegend opportunistische und profitorientierte Natur einer privaten Unternehmung setzt hierbei klare Grenzen in der Verfügbarkeit von Ressourcen. Der Einsatz solcher privaten Truppen ist demnach nur so lange möglich und gesichert, als auch die vertraglichen Bestimmungen von beiden Seiten eingehalten werden. Verfügt ein Auftraggeber nicht mehr über die finanziellen Mittel, endet auch der Einsatz einer PMU. Dabei ist es notwendig sich auch das Problem der sozialen Kosten vor Augen zu führen, also die Kosten die am Berührungspunkt zwischen einer privaten militärischen Unternehmung und der Zivilbevölkerung eines Landes entstehen.

Findet ein Einsatz gegen den Willen und die Zustimmung der Mehrheit der Zivilbevölkerung statt, so werden insgesamt höhere Kosten anfallen. Dies resultiert aus gesteigerten Kosten für die Bewachung der eigenen Anlagen, höheren Kosten für die eigene Sicherheit und einer allgemeinen Zunahme der Kosten in Folge der fehlenden Unterstützung der Zivilbevölkerung etwa bei der Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und der daraus resultierenden möglichen Fehleinschätzung des Verhaltens des Gegners.

Sandline International, die letzte verbliebene private militärische Unternehmung der ersten Generation, schloss im Jahr 2004 ihre Türen. Skandale wie der „Arms for Africa Deal“ oder die fehlgeschlagene Operation auf Papua Neuguinea hatten die Reputation der Unternehmung nachhaltig geschädigt. Obwohl beide Unternehmungen, sowohl Executive Outcomes als auch Sandline International nicht mehr existieren, zeigten sie der Welt, welche Möglichkeiten diese neuartige Form der militärischen Dienstleistung bereithält. Bereits mit Beginn des Afghanistankrieges im Jahr 2001 waren private Militärdienstleister wie DynCorp und KBR untrennbar mit dem Einsatz des US-Militärs verbunden. DynCorp, ein Unternehmen das hauptsächlich in den Bereichen Logistik und Bewachung auftritt, bekam beispielsweise den Auftrag zur Luftaufklärung und Vernichtung von Coca-Plantagen in Kolumbien.⁹⁴ Doch nicht nur der Bereich der privaten militärischen Versorgungs- und Sicherheitsunternehmen entwi-

⁹⁴ Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press, S. 19.

ckelte sich. Eine neue Generation von privaten militärischen Unternehmungen trat aus dem Schatten hervor. Blackwater Worldwide, ein Unternehmen, das zu Beginn als privates militärisches Sicherheitsunternehmen mit den klassischen Aufgabengebieten wie dem Training von Spezialeinheiten oder der Bewachung von Anlagen gegründet wurde, entwickelte sich immer mehr zu einer privaten militärischen Unternehmung mit den selben Kapazitäten, die zehn Jahre zuvor das Merkmal von Executive Outcomes und Sandline waren. Blackwater verfügt heute über eine eigene Luftflotte und rekrutiert ebenso wie Executive Outcomes seine Einsatzkräfte aus einer Datenbank von über 21.000 Personen.⁹⁵ Aegis Defence, eine private militärische Unternehmung aus Großbritannien unter der Leitung des ehemaligen Leiters von Sandline Tim Spicer, konnte seine Kapazitäten im Zuge des erhöhten Bedarfs an

militärischem Personal im Irak ebenfalls erhöhen und kann heute ebenfalls als private militärische Unternehmung gesehen werden.

Bereits in der Mitte der 1990er Jahre hatten die US-Streitkräfte mit Umstrukturierungen begonnen. Das „Force XXI“ Konzept einer mit modernster Technologie ausgestatteten Einsatztruppe in Brigadenstärke stellte den Versuch einer ersten Heranführung der Streitkräfte an die drastisch veränderte Bedrohungslage des 21. Jahrhunderts dar. Dieses Konzept war Teil der sogenannten „Revolution in Military Affairs“ (RMA), einer zu Beginn der 1990er Jahre politisch und technologisch bedingten Revolutionierung der Kriegsführung. Hinter der Idee der RMA stand der Gedanke, mit Hilfe von neuen Technologien konnten militärische Schläge präziser und effektiver zu machen und sie damit auch auf neue Bedrohungsszenarien wie Terrorismus, Proliferation oder den Drogenhandel anwenden zu können. Diese neuen Technologien konnte jedoch nicht alle von den Streitkräften selbst entwickelt werden, weshalb die RMA auch mit einer verstärkten Einbindung von Zivilisten und zivilen Unternehmungen bedacht wurde.

„We can choose to drive the current RMA further and faster than any of its predecessors. In combined-arms warfare, this may be necessary. But conflict short of war --whether terrorism, narcotrafficking, peace enforcement, or insur-

⁹⁵ Scahill, J. (2008): Blackwater. Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt, Kunstmann, S. 19.

gency -- is different. Even if the RMA does prove applicable to these problems, there are good reasons for deliberately limiting it.“⁹⁶

Der Beginn des 21. Jahrhunderts brachte der RMA genau den Entwicklungssprung, vor dem Metz und Kievit bereits 1994 in ihrem Strategiepapier gewarnt hatten. Die Anschläge des 11. Septembers 2001 und die darauffolgenden Kriege in Afghanistan und im Irak forderten eine radikale Umgestaltung der US-Streitkräfte. Die nach dem damaligen amtierenden amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld benannte Rumsfeld-Doktrin verlangte nach einer Reorganisation der Streitkräfte und einer stärkeren Einbindung von zivilen Unternehmungen in die Kriegsführung. Krieg sollte zu einer gemeinschaftlichen Unternehmung zwischen dem Militär und der Wirtschaft gemacht werden.⁹⁷ Doch sowohl der Krieg in Afghanistan als auch der Krieg im Irak offenbarten die Fehler in der Logik der RMA und im Besonderen der Rumsfeld-Doktrin. Kriege konnten zwar durch eine verstärkte Einbindung ziviler Vertragspartner flexibler geführt werden, doch führte das weder zu den erhofften schnellen Siegen noch zu dem Maß an Kontrolle, das präzise Schläge gegen den Gegner mit sich bringen würde. Stattdessen zogen im Schlepptau der US-Streitkräfte hunderte private Militärdienstleister in die Kriegsgebiete und waren in der Lage weltweites Finanzkapital an sich zu binden.

Die Zukunft der privaten Militärindustrie steht und fällt mit den politischen und ökonomischen Entwicklungen der nächsten Jahre. Durch die Veränderung der politischen Führung der USA wurden auch die Grundlagen für die interventionistische Politik im Umgang mit den privaten Militärdienstleistern entfernt. Falls es jedoch nicht zu einer Stärkung der Position des Militärs und einer regulativen Politik im Umgang mit den privaten Militärfirmen kommt, könnte eine neue Welle der privaten Kriegsunternehmer die Folge sein. Wie bereits im frühen 18. Jahrhundert könnten große Unternehmungen entstehen, die abseits der globalen Finanzzentren die Macht und den Einfluss eines Staates auf sich vereinen.

⁹⁶ Metz, S./Kievit, J. (1994): The Revolution of Military Affairs and Conflict short of War, unter: <http://www.cs.virginia.edu/~alb/misc/rmaWarCollege.html>, am 18.04.2009.

⁹⁷ Scahill, J. (2008): Blackwater. Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt, Kunstmann, S. 15.

“Perhaps the most fascinating case of nonstate violence is that of the mercantile companies. With these curious institutions, all analytical distinctions- between the economic and political, nonstate and state, property rights and sovereignty, the public and private- broke down. And unlike privateers and mercenaries, the mercantile company was a new entity, a creation of sixteenth-century Europe. As we will see, these companies were not only authorized to use violence but were endowed with nearly all the powers of sovereignty.”⁹⁸

Diese von Thomson beschriebene Form einer privaten Unternehmung, die mit militärischer Gewalt ihren Handel stützt, fand in Form von Executive Outcomes ihre Wiedergeburt. Auch wenn EO stets als eigenständiger Militärdienstleister auftrat, standen im Hintergrund die Interessen eines großen Geflechts von Unternehmen aus der Mineralienindustrie. Diese Unternehmen hatten ein wirtschaftliches Interesse an einer Beendigung der Bürgerkriege in Angola und Sierra Leone und investierten deshalb in die militärischen Interventionen EO's. Der Versuch der Bush-Administration private Akteure in ihre eigenen Kriegspläne stärker einzubinden und die Möglichkeit einer Kapitalbeteiligung an der „Unternehmung Krieg“ zu bieten, war ein weiterer Schritt in der Entwicklung privater Kriegsunternehmen.

Das beginnende 21. Jahrhundert wird eine Vielzahl neuer Herausforderungen und Gefahren mit sich bringen. Der Kampf um sich verknappende Rohstoffe, die zunehmende Verarmung der Staaten der Peripherie, die Zunahme der Migrationsbewegungen und wachsende innergesellschaftliche Ungleichheiten in den westlichen Staaten werden das Gefüge der internationalen Politik verändern.

Private militärische Unternehmungen werden in diesen Zeiten der Veränderung ein Maß für die Politik sein, die die westlichen Staaten jetzt einschlagen und in der Zukunft vertreten. Die enorme Zahl an Söldnern die im Tross der US-Armee ihren Einzug im Irak hielt, wird dabei entweder zu einer Kuriosität der Geschichte verkommen, einem Produkt einer Führungsspitze die ihre Befugnisse aus der Bekämpfung eines unsichtbaren Feindes ableitete und im Glauben an das ursprünglichste aller Rechte, nämlich dem Recht auf Selbstverteidigung begann, einem ganzen Kulturkreis den Krieg zu erklären oder

⁹⁸ Thomson, J. (1994): *Mercenaries, Pirates & Sovereigns*, Princeton, Princeton University Press, S. 32.

aber, der Beginn einer lang anhaltenden Reihe von Konflikten sein, in denen Söldner und ihre neu gewonnene marktwirtschaftliche Identität eine Brücke zwischen dem Raum des Krieges und dem Raum der Ökonomie schlagen werden.

“A global multipolar system is emerging with the rise of China, India, and others. The relative power of nonstate actors - businesses, tribes, religious organizations, and even criminal networks - also will increase.”⁹⁹

Private militärische Unternehmungen könnten ein Teil dieser im 2025 Report beschriebenen Netzwerke werden und die globale Unsicherheit, durch ihre zügellose Bereitschaft Krieg nach ökonomischen Gesichtspunkten zu führen, verstärken. Sollte es jedoch gelingen diese „Hunde des Krieges“¹⁰⁰ zu zähmen und einer international gültigen Rechtsordnung zu unterstellen, könnten sie durchaus einen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten. Sie könnten sich als das Mittel der Wahl in den vergessenen Konflikten der Peripherie etablieren und an Stelle der nationalen Militärs rücken, deren Einsatz die Politik so scheut. Sogenannte ethische PMSUs wie die „Blue Sky Group“, die ihre Dienste ausschließlich für humanitäre Organisationen bereitstellt. Solche Unternehmen könnten zum Prototyp einer von Netzwerken dominierten globalen Ordnung werden. Der Rückzug der westlichen Staaten aus deren sicherheitspolitischem Engagement in den Staaten der Peripherie erschuf eine Lücke, die nun geschlossen werden muss. Private militärische Unternehmungen und private militärische Sicherheitsunternehmen bieten dabei einen Ausweg. Ob die Welt durch ihren Einsatz wieder ein Quantum an Sicherheit gewinnt oder aber in eine Vielzahl neuer blutiger Kämpfe um Ressourcen und Einfluss steuert ist abhängig von den Entscheidungen der politischen Führungen. Die Grenzen die zu setzen sind und die Regeln die zu definieren sind, werden sich letzten Endes immer als eine Frage der Moral und der Ethik entpuppen.

⁹⁹ NIC (2008): 2025 Global Trends Final Report, unter: http://www.dni.gov/nic/NIC_2025_project.html, am 04.04.2009.

¹⁰⁰ „Dogs of war“ – eine Bezeichnung für „Söldner“ in der englischen Umgangssprache

9 Abkürzungsverzeichnis

ANC	African National Congress
BHG	Branch Heritage Group
BE	Branch Energy
BRA	Bougainville Resistance Army
CCB	Civil Cooperation Bureau
CDF	Civil Defence Force (Sierra Leone)
CEMA	Convention for the Elimination of Mercenarism
CRA	Conzinc Riotinto of Australia
ECOWAS	Economic Community of West African States
EO	Executive Outcomes
FAA	Forcas Armadas Angolanas
FMA	Foreign Military Assistance
GSG	Ghurka Security Guards
HO	Heritage Oil
KBR	Kellog, Brown & Root
MAD	Mutual Assured Destruction
MPLA	Movimento Popular de Libertacao de Angola
MPRI	Military Professional Resources Incorporated
NATO	North Atlantic Treat Organisation
NCACC	National Conventional Arms Control Committee
NPFL	National Patriotic Front of Liberia
OAU	Organization for African Unity
PMU	Private militärische Unternehmung
PMSU	Privates militärisches Sicherheitsunternehmen
PMVU	Privates militärisches Versorgungsunternehmen
PNGDF	Papua New Guinea Defence Force
RFMAA	Regulation of Foreign Military Assistance Act
RSLMF	Republic of Sierra Leone Military Forces
RUF	Revolutionary United Front
SADF	South African Defense Forces
SAS	Special Air Service

SRC Strategic Resources Corporation
UDSSR Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNITA União Nacional para a Independência Total de Angola
USA United States of America

10 Literaturverzeichnis

Arendt, H. (2008): Macht und Gewalt, München, Piper.

Avant, D. (2008): The market for force, Cambridge, Cambridge University Press.

Barlow, Eben (2008): Executive Outcomes. Against all odds, Alberton, Galago.

Brzezinski, Z. (2008): Second Chance. Three Presidents and the Crisis of American Superpower, New York.

Clausewitz, C. v. (1996): Vom Kriege, Rowohlt, Reinbek.

Drews, I. (2007): Private Military Companies. The new Mercenaries, in: Jäger, T./Kümmel, G. (Hrsg.): Private military and security companies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Fanon, F. (2005): Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Foucault, M. (2006): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Hobbes T. (1986): Leviathan, Stuttgart, Reclam.

Holmqvist, Caroline (2005): Private Security Companies, in: SIPRI Policy Paper No. 9 (SIPRI), Stockholm.

Kinsey, Christopher (2007): Corporate Soldiers and international Security, London, Routledge.

Maninger, S. (2007): Soldiers of misfortune, in: Jäger, T./Kümmel, G. (Hrsg.): Private military and security companies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Migdal, J. (1988): *Strong Societies and Weak States*, Princeton, Princeton University Press.

Münkler, H. (2004): *Die neuen Kriege*, Reinbek, Rowohlt.

Musah, A.F. (2000): *A Country under Siege*, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): *Mercenaries*, London, Pluto Press.

Nortje, P. (2008): *32 Battalion*, Cape Town, Zebra Press.

Nye, J. S. (2002): *The Paradox of American Power*, Oxford, Oxford University Press.

OAU Convention for the Elimination of Mercenarism

O'Brien, K. A. (2000): *Private military Companies*, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): *Mercenaries*, London, Pluto Press.

Regulation of Foreign Military Assistance Act (1998)

Scahill, J. (2008): *Blackwater. Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt*, Kunstmann.

Schreier F./Caparini M. (2005): *Privatising Security. Law, Practice and Governance of Private Military and Security Companies*, DCAF Occasional Paper – No. 6.

Singer, P.W. (2007): *Corporate warriors*, Ithaca, Cornell University Press.

Spicer, T. (1999): *An Unorthodox Soldier*, Edinburgh, Mainstream Publishing Company.

Thomson, J. (1994): *Mercenaries, Pirates & Sovereigns*, Princeton, Princeton University Press.

Vines, A. (2000): Mercenaries, Human Rights and Legality, in: Musah, A./Fayemi, K (Hrsg.): Mercenaries, London, Pluto Press.

Weber, M. (2006): Politik und Gesellschaft, Frankfurt am Main, Zweitausendeins.

Williamson O.E. (1985): The Economic Institutions of Capitalism, Macmillan.

Wolf, E. (1982): Europe and the People Without History, Berkeley, University Presses of California.

10.1 Internetquellen

Human Development Index 2008, unter: <http://hdr.undp.org/en/>.

Kriegsreisende, unter: <http://www.kriegsreisende.de/wieder/blood-diamond.htm>.

Metz, S./Kievit, J. (1994): The Revolution of Military Affairs and Conflict short of War, unter: <http://www.cs.virginia.edu/~alb/misc/rmaWarCollege.html>.

NIC (2008): 2025 Global Trends Final Report, unter: http://www.dni.gov/nic/NIC_2025_project.html.

Online-Enzyklopädie, unter:

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Cold_War_Map_1980.png&filetimestamp=20071222231859.

UN Press Release SG/SM/6613/Rev.1*, "Secretary-General reflects on "Intervention" in thirty-fifth annual Ditchley-Foundation lecture, unter:

<http://www.un.org/News/Press/docs/1998/19980626.sgsm6613.html>.

11 Anhang

Zusammenfassung deutsch

Die private militärische Unternehmung ist eine Form des Söldnerwesens die erstmal zu Beginn der 1990er Jahre auftrat. Bedingt durch den massiven Abbau von militärischem Personal nach dem Ende des Kalten Krieges und einem gleichzeitig steigendem Bedarf an militärischer Expertise und Einsatzkräften in den zahlreichen Konflikten des postkolonialen Afrikas, entstand die erste private militärische Unternehmung: Executive Outcomes.

EO unterschied sich von den bereits bekannten privaten militärischen Sicherheitsunternehmen insofern als dass die Unternehmung das gesamte Spektrum militärischer Interventionen abdecken konnte. Executive Outcomes wurde zu einem Synonym für Effizienz und Präzision militärischer Schläge auf der einen Seite und zum Sinnbild der Privatisierung des Krieges auf der anderen Seite.

Wer kontrolliert die Tätigkeit privater militärischer Unternehmungen? Wo sind die natürlichen Grenzen der Möglichkeiten dieses neuen Marktes der Gewalt?

Executive Outcomes und später auch Sandline International wurden zu Prototypen einer neuen Entwicklung in der militärischen Intervention. Diese konnte nun losgelöst von den träge gewordenen militärischen Apparaten der westlichen Staaten geschehen und stand jedem zur Verfügung, der das notwendige Kapital dafür aufbringen konnte. Da die Kosten einer solchen Intervention aber selbst für manche Staaten nur schwer aufzubringen waren, entwickelte sich gleichzeitig mit den ersten privaten militärischen Unternehmungen eine Form der Finanzierung durch Unternehmen der Mineralien- und Erdölindustrie, die ein wirtschaftliches Interesse an einer Stabilisierung der Einsatzgebiete hatten. Diese Arbeit zeigt die Entwicklung der ersten privaten militärischen Unternehmungen bis zu deren Auflösung, die Möglichkeiten und die Gefahren die durch ihre Tätigkeit entstanden.

Zusammenfassung Englisch

The private military company is a type of mercenary business that first appeared at the beginning of the 1990ies. Through a massive disposal of military personnel after the end of cold war and a simultaneous rise in the demand for military expertise and highly skilled military professionals in the various conflicts of post-colonial Africa, world's first private military company was born: Executive Outcomes.

EO distinguished from the already known type of private security companies insofar as it was able to cover the full spectrum of military intervention.

Executive Outcomes became a synonym for efficiency and precision of military strikes on the one hand side and an allegory for the privatization of war on the other hand. Who controls the operational tasks of private military companies?

Where are the natural borders of possibilities in this new market for force?

Executive Outcomes and later Sandline International became prototypes of this new form of military intervention. These interventions were now in the hand of private entrepreneurs, separated from the capabilities of inflexible western-state militaries and open to anyone who could afford their service. Due to high costs of such a military intervention, a form of co-financing with companies from the mineral extraction industry developed, that had strong incentives to invest in the stabilization of certain areas. This paper shows the evolution of these first generation private military companies up to their closure, the possibilities and dangers created by their activities.

Angaben zur Person

Nachname : Prunner
Vorname : Stefan
Geburtsdatum: 20.01.1982
Staatsangehörigkeit: Österreich
Familienstand: ledig
Adresse : Zwentendorf 83, 2152 Gnadendorf
E-Mail: stefan.prunner@univie.ac.at

Bildungsgang

6 Semester Universität Wien (2007 – 2009)
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1, 1010 Wien
IDS: „Political Leadership & Development“

6 Semester Universität Wien (2003 – 2006)
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1, 1010 Wien
Politikwissenschaft

8 Jahre GRG XII (1992 – 2000)
Rosasgasse 1-3, 1120 Wien

4 Jahre Volksschule (1988 – 1992)
Anton-Baumgartner-Str. 44/II, Wien 1230

Präsenzdienst

April 2001 – Dez. 2001: Fliegerregiment 1, 3425 Langenlebarn

Berufliche Tätigkeiten

Datum Juli 2008 - dato
Wichtigste Tätigkeiten Bearbeitung von Zulassungsanträgen für ausländische Studenten, Parteienverkehr
Name und Adresse des Arbeitgebers Universität Wien
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1
Tätigkeitsbereich Referat Studienzulassung

Datum Dez. 2001 – Aug. 2003
Wichtigste Tätigkeiten Bearbeitung von Zulassungsanträgen für ausländische Studenten, Parteienverkehr
Name und Adresse des Arbeitgebers Universität Wien
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1
Tätigkeitsbereich Referat Studienzulassung